

EDUARD

RP Kassel

Onlinemagazin 1/26

HESSERTAG IN FULDA

und das RP Kassel mittendrin.

Seite 8 – 11

ZIVILE VERTEIDIGUNG

Auch in Krisen für Sie da.

Seite 18 – 21

SIEBEN

FRAGEN

AN...

RP-Mitarbeitende
im Interview

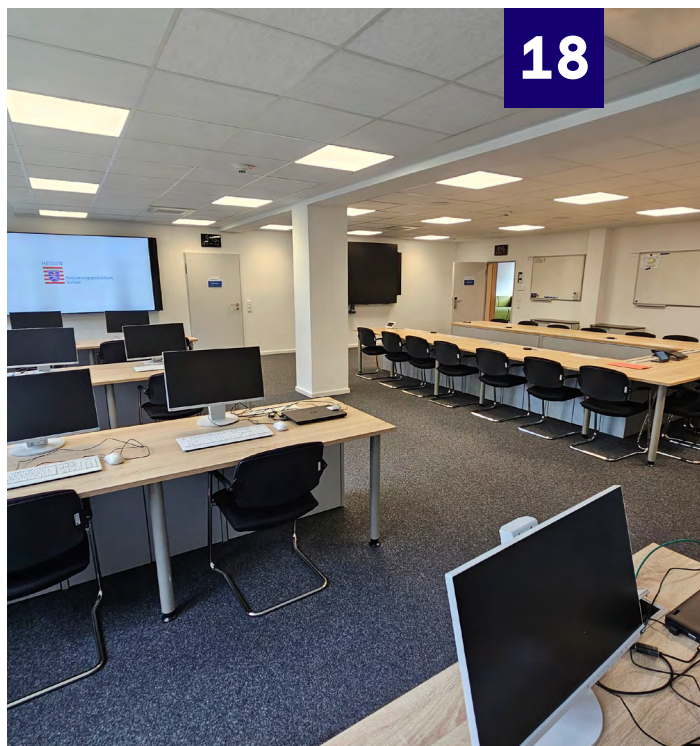
Seite 42 – 43



HESSEN
Regierungspräsidium
Kassel



THEMEN, INHALTE UND HIGHLIGHTS AUF EINEN BLICK...



Editorial	4
Kurz & Kompakt	6
Empfehlung und Termine	44

WIR FÜR DIE REGION

Titelthema I	
Hessentag	8
Biberdamm bei Volkmarsen	12
Altlastensanierung in Richelsdorf	14
Digitales Antragserfahren für Freiverkaufszertifikate	16
Eine beeindruckende Zahl	22
Drohnentransport von Laborproben	24
Nachgefragt: Mythen in der Beamtenversorgung	34
Europäischer Wettbewerb: Dein Europa: Recht, Respekt – Realität?!	36

IN EIGENER SACHE

Titelthema II	
Zivile Verteidigung	18
Ausbildende machen den Unterschied	26
Gesundheitsmanagement: Stress lass nach!	38
Nachrichtenüberblick	28
Sieben Fragen an ...	42

RPKS- GESCHICHTE

Säulenfragment am RP Kassel	40
-----------------------------	----



EDITORIAL

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

ich freue mich sehr, dass unser Online-Magazin EDUARD bei Ihnen guten Anklang findet und wir Sie auf diesem Weg über unsere aktuellen Themen und spannenden Projekte informieren können. Auch diese Ausgabe lädt wieder dazu ein, einen Blick auf die vielfältigen Aufgaben und Projekte sowie die vielen Facetten unseres Hauses und unseres Regierungsbezirks zu werfen. Nehmen Sie sich gerne Zeit für die Lektüre – es gibt einiges Spannendes zu entdecken.

Wir blicken unter anderem zurück auf zehn erlebnisreiche und unvergessliche Tage beim diesjährigen Hessentag in Fulda. Rund 1,1 Millionen Besucherinnen und Besucher kamen nach Osthessen. Viele von ihnen nahmen an unseren Mitmachaktionen an unserem Messtand teil und informierten sich über unsere Arbeit. Vielen Dank an die zahlreichen helfenden Hände aus unserem Haus, die die Aktionen möglich gemacht haben!

Zudem erfahren Sie im neuen EDUARD genaueres darüber, wie Drohnen in Kassel medizinische Proben schneller ans Ziel bringen können. Ferngesteuerte Drohnen, die überlebenswichtige Informationen und Proben transportieren – was

noch vor ein paar Jahren als weit entferntes Zukunftsszenario galt, bietet heute schon neue Chancen in der medizinischen Versorgung! Die Bedeutung von Drohnen zeigt sich auch aktuell am jüngst eröffneten Drohnenkompetenzzentrum am Kassel Airport. Ich bin sehr gespannt, wie sich das Thema weiterhin entwickeln wird.

Zudem gibt es Informationen zum Thema Zivile Verteidigung, um die sich unser Dezernat Gefahrenabwehr kümmert. Ein komplexes, zukunftsrelevantes und höchst verantwortungsvolles Thema. Es ist wichtig, dass die Bevölkerung in möglichen Krisen, wie Umweltkatastrophen, Cyberangriffe, Stromausfälle oder gar Krieg, geschützt ist und der Staat gleichzeitig handlungsfähig bleibt. Hierzu arbeiten wir innerhalb und außerhalb des RPs mit unseren hochengagierten Schlüsselpartnern zusammen.

Auch unsere tierischen Nachbarn aus dem Regierungsbezirk sind im Magazin vertreten: Wir widmen uns dem Europäischen Biber, der nach seiner nahezu vollständigen Ausrottung im 20. Jahrhundert wieder in seine ursprüngliche Heimat zurückkehrt. Dabei beleuchten wir den Umgang mit und den

Schutz dieser faszinierenden Tierart. Auch die Frage, wie ein gutes Miteinander von Mensch und Biber gelingen kann – Stichwort „Bibermanagement“ – ist ein aktuelles und viel diskutiertes Thema, das wir für Sie näher betrachten.

Neben diesen Themen bietet das Magazin wieder spannende Einblicke in die Arbeit unserer Dezernate. Interessante Fakten, Wissenswertes und aktuelle Nachrichten aus dem Haus und dem Regierungsbezirk sind, wie immer, garantiert.

Wir sind ständig bemüht, ein interessantes Leseerlebnis mit Mehrwert für Sie zu schaffen. Hierzu sind wir auf Ihr Feedback angewiesen. Melden Sie sich also gern mit Ihren Anmerkungen oder Themenvorschlägen an pressestelle@rpks.hessen.de.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und interessante Einblicke bei der Lektüre.

Ihr

Math. Weinert

Regierungspräsident

KURZ UND KOMPAKT

Komplexe Themen knapp erklärt



KOMMFLEX

Immer mehr Kommunen in Hessen sind durch klamme Kassen, enge Vorschriften und akuten Fachkräftemangel stark belastet. Dies macht es immer schwieriger, alle gesetzlichen Vorgaben buchstabengetreu zu erfüllen.

Als Entlastungsinstrument wurde für die Zeit vom 12.02.2026 bis zum 31.12.2032 in Hessen das neue „Kommunale Flexibilisierungsgesetz“ (KommFlexG)

eingeführt. Es soll flexiblere Verwaltungshandlungen zwischen landesrechtlichen Vorgaben und den hessischen Kreisen, Städten und Gemeinden ermöglichen.

Der Kern des Gesetzes lässt sich auf eine einfache Formel bringen: „Experimentieren statt starr verwalten.“ Hessen räumt seinen Kommunen die Möglichkeit ein, sich auf Antrag zeitweise von landesrechtlichen Vorschriften und bürokratischen Standards befreien zu lassen, um vor Ort pragmatischere, schnellere oder günstigere Lösungen zu testen. Das Gesetz stellt somit für diesen Zeitraum eine Art Experimentierklausel dar.

Wenn eine Gebietskörperschaft nachweisen kann, dass sie das eigentliche Ziel einer Regelung auch auf einem einfacheren Weg erreichen kann, darf sie das nun im Rahmen eines Standardbefreiungsverfahrens auf Antrag ausprobieren.

Wird dem Antrag stattgegeben, gilt die Befreiung für maximal vier Jahre. In dieser Zeit arbeitet die Kommune nach ihren eigenen Regeln.

Die Befreiungsanträge müssen sich auf personelle, sachliche und verfahrenstechnische hessische Standards beziehen.

ÖKOKONTO

Um die Funktionen des Naturhaushalts und das Landschaftsbild zu erhalten, müssen unvermeidbare Eingriffe vom Verursacher kompensiert werden, die z.B. bei Baumaßnahmen entstehen. Dabei wirken Kompensationen oftmals erst zeitverzögert. Diesem Dilemma kann mit vorlaufenden Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen begegnet werden, Maßnahmen werden also bereits vor einem erwarteten Eingriff freiwillig durchgeführt. Das Naturschutzrecht erkennt die damit erzielte ökologische Aufwertung an und schreibt sie in Hessen in einem „Ökokonto“ bei den Unteren Naturschutzbehörden gut.

Die Bewertung findet mit einem standardisierten Verfahren nach den Vorgaben der Kompensationsverordnung statt. Hierbei werden jedem Nutzungstyp bestimmte Punktwerte zugewiesen. Die Höhe der ökologischen Aufwertung berechnet sich durch die Differenz zwischen Bestandswert und Zielwert der Flächen. Die in das Ökokonto eingebuchte Maßnahme kann später ganz oder teilweise zur Kompensation von konkreten Eingriffen eingesetzt werden.

Somit gewinnen Vorhabenträger Planungssicherheit und die frühzeitige ökologische Entwicklung von Flächen und die Bündelung von Kompensationsmaßnahmen fördert den Naturschutz nachhaltig.

SCoPAFF

Der Ständige Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel (Standing Committee on Plants, Animals, Food and Feed – SCoPAFF) ist ein Ständiger Ausschuss der Europäischen Kommission. Die Kommission konsultiert diesen zu Fragen der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Pflanzengesundheit.



Der SCoPAFF setzt sich aus Vertretern der EU-Mitgliedsstaaten zusammen. Sein Mandat erstreckt sich auf die gesamte Lebensmittelkette – von Tiergesundheitsfragen im landwirtschaftlichen Betrieb bis hin zum Produkt auf dem Verbrauchertisch. Bei den Ausschussmitgliedern handelt es sich um nationale Sachverständige, die die Regierungen und Behörden der Mitgliedsstaaten vertreten.

Der SCoPAFF ist in 14 verschiedene Sektionen unterteilt. Für Fragen zu Tierseuchen ist die Sektion Tiergesundheit und Tierschutz zuständig, die monatlich tagt. Hier wird unter anderem der Status Quo zu aktuellen Tierseuchengeschehen und den Bekämpfungsmaßnahmen vorgestellt und diskutiert. Außerdem werden dem SCoPAFF Entwürfe zu verschiedenen Rechtsakten vorgelegt, zu denen entweder ein Meinungsaustausch oder eine Abstimmung zur Annahme anstehen. So entscheidet der SCoPAFF z.B. auch über jede Ausweitung oder Rückstufung von Sperrzonen.

„FOLL (NORD-OST-) HESSISCH“

Das RP Kassel präsentierte sich auf dem 63. Hessentag in Fulda

Zehn tolle, turbulente Tage bei hochsommerlichen Temperaturen: Hessens großes Landesfest machte vom 12. bis 21. Juni Station in Ost Hessens Metropole. Rund 1,1 Millionen Besucherinnen und Besucher erlebten bei bestem Wetter einen stimmungsvollen 63. Hessentag in Fulda. Zwischen Bahnhof und Auweier gab es bei weit mehr als 1.000 Programmpunkten für jeden Geschmack etwas zu erleben, von Kultur, Musik und Sport bis zu Brauchtum, Politik und Technik.

Mittendrin im ganzen Trubel: Das Regierungspräsidium Kassel! NordOstHessens große Mittelbehörde mit rund 1.800 Mitarbeitenden präsentierte sich an allen zehn Veranstaltungstagen mit einem eigenen Messestand

inmitten des „Treffpunkt Hessen“ im Konzepthaus Karl. Mit vielen Informationen und Mitmachangeboten gaben unsere Mitarbeitenden Auskunft über das RP Kassel, seine Arbeit und die Vorzüge unserer Region. Und das Ganze – trotz teilweise schweißtreibenden Temperaturen – natürlich echt nordosthessisch: bodenständig, nahbar und mit einer großen Prise Humor.

Ein Rückblick auf 10 unvergessliche Tage auf dem Hessentag.

EIN LAND – DREI RPEN: DER MESSESTAND DES RP KASSEL

Es ist seit Jahren eine gute Tradition: Dasjenige der drei hessischen Regierungspräsidien darf sich um den Hessentagsstand kümmern, in dessen Region die Veranstaltung stattfindet. Da die Region Fulda seit mehr als 200 Jahren zum Regierungsbezirk Kassel gehört, fiel diese Ehre also 2026 dem RP Kassel zu.

Für den Hessentag in Fulda wurde der Messestand von Grund auf neu gestaltet und im neuen Corporate Design des Landes Hessen gehalten. Die Grundidee bei der Gestaltung lautete „Wir für NordOstHessen“. Im Mittelpunkt des Auftritts stand die Darstellung der engen Verbindung des Regierungspräsidiums zur gesamten Region zwischen Edersee und hessischer Rhön. Eine großformatige Rückwand mit Fotomotiven aus den Landkreisen des Regierungsbezirks zeigte re-



gionale Besonderheiten und verdeutlichte deren Bezug zu den Aufgaben des RP Kassel. Jeder Landkreis war mit einem optischen „Highlight“ vertreten, Kassel mit dem Herkules, Waldeck-Frankenberg mit der Ederstalsperre oder der Landkreis Fulda mit dem Dom.

Blickfang und Hauptanziehungspunkt des Messestandes: das großformatige Wimmelbild des RP Kassel. Unter dem Titel „Alle(s) unter einem Dach“ finden sich einige der sprichwörtlichen 1001 Aufgaben des RP Kassel im Comicstil wieder – vom Naturschutz bis zum Bergbau, von der Kantine bis zum Sozialdezernat.

MITMACHEN UND GEWINNEN: VIELE AKTIONEN FÜR BESUCHERINNEN & BESUCHER

Ganz genau hinsehen hieß es für die Hessentagsgäste auch aus einem weiteren Grund: Auf dem Wimmelbild hatte sich der „Amtsschimmel“ versteckt! Wer ihn ohne Hilfe gefunden hat, durfte an einer Verlosung teilnehmen. Zu gewinnen gab es zweimal zwei bequeme Liegestühle im RP-Kassel-Design. Hunderte Hessentagsgäste haben mitgemacht und Regierungspräsident Mark Weinmeis-



ALLE(S) UNTER EINEM DACH
1001 Aufgaben im Regierungspräsidium Kassel





ter ließ es sich nicht nehmen, die Gewinner selbst auszulosen: Annette aus Fulda und Marlon und Nadja aus dem Vogelsbergkreis waren die glücklichen Gewinner von jeweils zwei Liegestühlen. Herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank allen Teilnehmenden am Gewinnspiel!

Besondere Aufmerksamkeit sollten auch die weiteren Mitmachaktionen am Hessentagsstand erzeugen. Besucherinnen und Besucher konnten die Region Nord-OstHessen spielerisch am „Heißen Pfad“ umrunden und attraktive Giveaways erhalten, wie z.B. schicke Leinenturnbeutel mit NordOstHessen-Motiv.

Neben Kugelschreibern, Fliegenklatschen und Einkaufschips entwickelten sich insbesondere unsere Frisbeescheiben zum absoluten Hessentagsrenner: Bei schweißtreibenden Temperaturen wurden diese zu Fächern „zweckentfremdet“ und sprachen sich unter den Hessentagsgästen rasend schnell herum!

Auch für Kinder gab es am Stand des RP Kassel viel zu entdecken: Mit einer Buttonmaschine und Malvorlagen, die den kleinen Hessenlöwen auf seiner Reise durch die Landkreise NordOstHessens zeigen, ließen sich individuelle Anstecker gestalten und mit nach Hause nehmen. So wurde die Arbeit des Regierungspräsidiums altersgerecht vermittelt.

WIR FÜR NORDOSTHESSEN: DAS KLAPPT (AUF) – UNSERE NEUEN INFOBROSCHÜREN

Neben Spiel, Spaß und Mitmachaktionen diente unser Hessentagsstand natürlich auch maßgeblich der Information: Was macht das RP Kassel eigentlich (für mich)? Hierzu standen nicht nur unsere Mitarbeitenden mit vielen Informationen aus dem Arbeitsalltag zur Verfügung – Wissen zum Mitnehmen und Nachschlagen gab es auch in Form unserer brandneuen Info-Broschüren, die druckfrisch zum Hessentag auf dem allerneuesten Stand fertig geworden sind! Einen breiten Querschnitt zu sämtlichen Tätigkeitsfeldern des RP Kassel von A bis Z bietet unsere neue Imagebroschüre „Wir für NordOstHessen – Die vielen Seiten unserer Arbeit“. In kurzen, prägnanten Texten, gewürzt mit einer ordentlichen Portion Humor, geben wir darin Auskunft über unsere Arbeit von A wie Altastensanierung bis Z wie Zivile Verteidigung. Die Broschüre eignet sich zum Nachschlagen genauso gut wie zum zufälligen Aufschlagen und Blättern. Wir garantieren: Sie finden jedes Mal etwas Interessantes, was Sie noch nicht über das RP Kassel wussten. Und für aufmerksame Leserinnen und Leser haben wir in der Mitte der Broschüre noch ein besonderes Highlight versteckt... Für den schnellen Überblick haben wir zudem einen neuen Infoflyer im praktischen und handlichen Klappkartendesign erstellt. Das RP Kassel für die Jackentasche sozusagen: Das klappt (auf)! Darin falten wir unsere Arbeit entlang von den Leitbegriffen auf, die uns wichtig sind: Modernisieren und Vernetzen, Bündeln und Lenken, Sicherheit für die Region, Fördern und Gestalten sowie weitere mehr. Eine ideale Ergänzung zur A-bis-Z-Broschüre für den schnellen Überblick!

Wer nicht auf dem Hessentag war oder unseren Stand übersehen hat, kann beide Broschüren kostenlos beim RP Kassel anfordern: Schreiben Sie uns einfach eine Mail an oeffentlichkeitsarbeit@rpk.hessen.de und wir schicken Ihnen eine Broschüre zu!



80 JAHRE HESSEN: DER TECHNISCHE WANDEL ERKLÄRT MIT KASSELER EXPONATEN

Die Sonderausstellung „80 Jahre Hessen mit Fulda. Menschen, Momente und Wandel“ lud während des Hessentags im Fuldaer Vonderau Museum dazu ein, die Entwicklung des Bundeslandes und seiner Regionen sowie der Stadt Fulda aus einer visuellen Perspektive zu entdecken. Im Mittelpunkt stand eine Fotoausstellung, die den Wandel Hessens und Fuldas seit den 1940er-Jahren dokumentierte, von den Jahren des Zweiten Weltkriegs bis in die Gegenwart.

Ergänzt wurde die Ausstellung durch den Beitrag „Von der Schreibstube zur digitalen Verwaltung“ des Hessischen Ministeriums des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz. Der Beitrag ist Teil des Jubiläumsjahres „80 Jahre Hessen“ und zeichnete die zentralen Entwicklungsschritte der Verwaltungsarbeit von der sogenannten „Stunde Null“ nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart nach. Im Mittelpunkt stand der Wandel von papierbasierter Aktenführung hin zu modernen, agilen und digitalen Arbeitsweisen.

In der Ausstellung waren auch Exponate zu bewundern, die das RP Kassel beigesteuert hatte: Darunter ein authentisches Relikt aus der vordigitalen Zeit – ein Aktenrettungssack. Die Mitarbeitenden des RP Kassel waren in den 1960er und 1970er Jahren dazu angehalten, bei einem Brand erst die wichtigen Akten zu retten – und erst danach sich selbst. Hierzu hätten die wichtigsten Schriftstücke in dem speziellen Leinensack verstaut werden sollen, der anschließend aus dem Fenster geworfen worden wäre. So wäre die Behörde auch nach einer Brandkatastrophe handlungsfähig geblieben.

Auch im 21. Jahrhundert ist dem RP Kassel weiter daran gelegen, Brandkatastrophen zu verhüten. Dies

veranschaulichte ein weiteres Exponat, das uns ins digitale Zeitalter katapultiert: Die Kontrolle von Pyrotechnik und Feuerwerkskörpern mittels KI. Wo früher bei der Produktkontrolle umfangreiche Gesetztestexte und Checklisten auf Papier zum Einsatz kamen, genügt heute ein Foto des Produkts mit dem Diensthandy – den Rest übernimmt die KI.

GEMEINSAM SIND WIR STARK: DIE MITARBEITENDEN HALTEN DEN STAND AM LAUFEN

Ein schicker Messestand, Spielgeräte, Werbeartikel und Infomaterial – alles das ist nichts wert ohne die Menschen, die den Stand betreut haben, Gäste angelockt haben, in den direkten Austausch gegangen sind und abends aufgeräumt haben. Neben dem Team der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit waren das vor allem zahlreiche Freiwillige aus allen Abteilungen und Dezernaten des RP Kassel – nicht nur vom Standort Fulda sondern auch aus Bad Hersfeld, Kassel und andernorts.

Mindestens fünf Mitarbeitende waren an jedem Veranstaltungstag vor Ort und standen Besucherinnen und Besuchern Rede und Antwort. Sie informierten die Besucherinnen und Besucher über die vielfältigen Aufgaben des Regierungspräsidiums Kassel und standen für Fragen rund um die Arbeit der Behörde und die Region NordOstHessen zur Verfügung. Darüber hinaus leisteten sie Hilfestellung bei vielen praktischen Fragen: Wo ist die nächste Toilette, wo geht es zur Veranstaltungsbühne der Hessischen Landesregierung, wo kann man Getränke kaufen und vieles mehr.

Einen ganztägigen Themenschwerpunkt gab es zur Ausbildung und Karriere beim RP Kassel. Die Standbetreuung haben an diesem Tag unsere eigenen Nachwuchskräfte übernommen: die Azubis und Anwärterinnen und Anwärter des RP Kassel. Einen weiteren Schwerpunkt gab es zum Thema „Europa in der Region“. Hierzu wurde unser Team aus dem EUROPE-DIRECT-Infozentrum des RP Kassel unterstützt von den Ehrenamtlichen von Puls of Europe sowie von den Kolleginnen und Kollegen des EUROPE DIRECT des RP Gießen.

Allen Kolleginnen und Kollegen, Helferinnen und Helfern an dieser Stelle nochmals ein ganz herzliches Dankeschön für den großen Arbeitseinsatz und die reibungslose Standbetreuung. Zusammen sind wir #teildavon!



LANDSCHAFTS- GESTALTER KEHREN NACH NORDOST- HESSEN ZURÜCK

In weiten Teilen NordOstHessens ist es ein bekanntes Bild: An einem Fluss werden Baumstümpfe gesichtet und plötzlich staut sich das Wasser.

So auch vor Wochen an der Wande bei Volkmarsen. Ein Biber hatte sich an dem Zufluss in die Twiste niedergelassen. Seinen Biberdamm errichtete das Tier an einer kleinen Brücke, die über den Fluss führt. Das Fließgewässer staute sich immer weiter auf und drückte gegen das Brückenbauwerk. Volkmarsen suchte anschließend das Gespräch mit dem Forstamt Frankenberg-Vöhl, der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises und der Oberen Naturschutz-

behörde des Regierungspräsidiums Kassel, um über das weitere Vorgehen zu beratschlagen.

Der europäische Biber (*Castor fiber*) breitet sich immer weiter im Regierungsbezirk Kassel und auch im Rest Deutschlands aus. Nachdem die Tiere bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts gejagt und fast vollständig ausgestorben waren, begann die Wiederansiedlung. Heute sind Biber wieder in der ganzen Bundesrepublik

zu Hause. Die Tiere sowie ihre Bauwerke stehen unter besonderem Artenschutz. Mit ihren Dämmen halten sie Wasser in der Landschaft und tragen zu gut gefüllten Grundwasserständen bei – was besonders während trockener Sommer positiv ist. Durch die verstärkte Ausbreitung an deutschen Gewässern kommt es aber auch immer häufiger zu Konflikten zwischen Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern, landwirtschaftlichen Betrieben und dem Naturschutz.

STRENG GESCHÜTZT, ABER NICHT NARRENFREI

In NordOstHessen ist die Obere Naturschutzbehörde (ONB) beim Regierungspräsidium Kassel für das Bibermanagement zuständig. Deren Hauptaufgabe ist es, einen Ausgleich zu finden zwischen den Interessen von Landwirtschaft oder Flächeneigentümern und dem Naturschutz, speziell dem Schutz des Lebensraums des Bibers. Baut ein Biber an einem Fluss einen Biberdamm und staut sich zu viel Wasser auf, tritt dieses über das Ufer und flutet anliegende Grundstücke oder Verkehrswege. Eigenmächtig die Biberdämme und Wohnbauten entfernen dürfen Privatpersonen nicht – der Biber und seine Bauten sind europarechtlich durch die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und durch das Bundesnaturschutzgesetz streng geschützt. Stattdessen sucht die ONB gemeinsam mit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) nach passenden Lösungen, um ein möglichst konfliktarmes Nebeneinander und Miteinander von Biber und Landwirtschaft bzw. Flächeneigentümern zu gewährleisten. Die Funktionsbeschäftigten Naturschutz (FN) von HessenForst kennen die Reviere vor Ort und unterstützen die Behörden bei der Lösungsfindung.

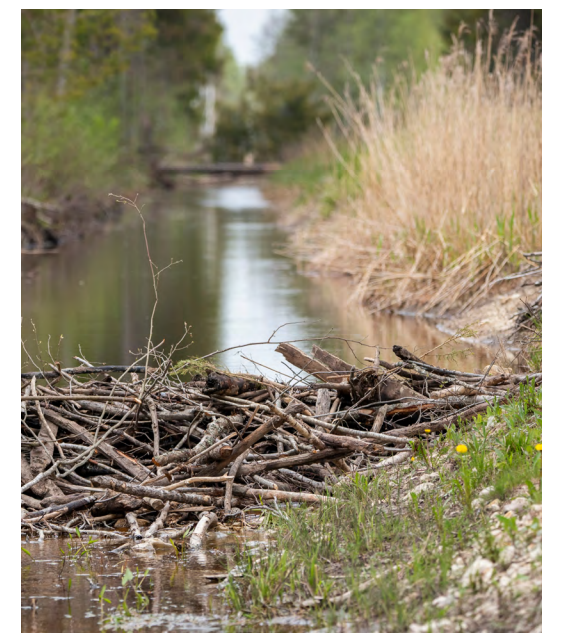
Die jeweiligen Maßnahmen greifen unterschiedlich stark in den Lebensraum des Bibers ein und werden sorgfältig abgewogen – je nachdem, wie die Gegebenheiten vor Ort sind und ob Infrastruktur betroffen ist. So kann etwa der Biberdamm abgesenkt werden oder eine Umgehungsrinne wird gelegt, damit aufgestautes Wasser oberhalb oder seitlich davon abfließt. Sollten keine Alternativen gefunden werden, kann in Einzelfällen die Vergrämung des Bibers beschlossen werden. Dabei wird der betreffende Biberdamm wiederholt entfernt und das Tier am Wiederaufbau gehindert, bis es von sich aus weiterzieht. Dieser schwerwiegenden Entscheidung müssen sowohl die UNB als auch die ONB zustimmen. Die UNB entscheidet über Anträge zur Entfernung von Biberdämmen und genehmigt Eingriffe per Ausnahmegenehmigung.

Im Falle des Biberdammes bei Volkmarsen haben die Untere und Obere Naturschutzbehörde wie auch das Forstamt vor Ort letztendlich beschlossen, den Damm zu entfernen. Zu groß sei die zusätzliche Last auf die Brücke, deren Sicherheit so nicht mehr gewährleistet werden könne. Größere Schäden an der Brücke hätten die Folge sein können.

BIBER-BILLIGKEITSRICHTLINIE

Verursacht ein Biber durch seinen Bau oder sein Fraß- und Grabverhalten doch einen direkten Schaden, finden zumindest Betriebe Unterstützung. Mit der im April 2026 veröffentlichten Biber-Billigkeitsrichtlinie entlastet das Hessische Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat (HMLU) land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Betriebe, wenn es bei diesen zu Schäden durch einen Biber kommt. Die Richtlinie ermöglicht Ausgleichszahlungen bei wirtschaftlichen Schäden, etwa durch Vernässung landwirtschaftlicher Flächen, Fraßschäden an Kulturen und Bäumen in der Forstwirtschaft oder Schäden an Dämmen von wirtschaftlich genutzten Teichanlagen.

Anträge auf Billigkeitsleistungen werden beim zuständigen RP gestellt. Gleichzeitig werden die Geschädigten zu passenden Präventionsmaßnahmen beraten. Die Richtlinie ist somit ein wichtiges Instrument im hessischen Bibermanagement, das Geschädigten einen angemessenen Ausgleich gewährt und somit zur Akzeptanz des Bibers beiträgt, falls es zu wirtschaftlichen Schäden kommt. Die Funktionsbeschäftigten Naturschutz an den Forstämtern sind die ersten Ansprechpersonen für Leistungen der Richtlinie und übernehmen die Schadensschätzung.



MIT LANGEM ATEM ZUM ZIEL:

Altlastensanierung in Richelsdorf

Seit dem frühen 16. Jahrhundert wurde das Gelände der Richelsdorfer Hütte (Gemeinde Wildeck, Landkreis Hersfeld-Rotenburg) durch Berg- und Hüttenwesen genutzt. Dabei wurden mehr als 110.000 Kubikmeter Produktionsrückstände, teilweise hoch mit Schwermetallen belastet, aufgehaldet. 2023 wurde mit der Sanierung der Rückstandshalde begonnen, die 2025 weitestgehend fertiggestellt werden konnte. Mittendrin dabei: Das Dezernat für Wasser- und Bodenschutz des RP Kassel.

Auf dem Gelände der ehemaligen Richelsdorfer Hütte fanden seit Beginn des 16. Jahrhunderts Verhüttungsprozesse mit Kupfer-, Nickel- und Kobalterzen statt. Ab 1925 wurden am Standort zudem Weißpigmente (Blanc fixe und Lithopone) hergestellt. Hierzu wurden Schwerspat, Glaubersalze und Zinkerze verarbeitet.

Im Rahmen der Verhüttung wurden auf dem Talboden Kupferschlacken und Materialgemische abgelagert. Später wurde entlang der nördlichen Talseite eine Halde mit den Rückständen der Lithopone-Produktion aufgeschüttet. Der westliche Teil dieser Halde bestand überwiegend aus Rückständen der Schwerspatverarbeitung, der östliche Teil aus Rückständen der Zinkverarbeitung. Aus der Halde wurden über Sicker- und Grundwasser erhebliche Mengen an Schwermetallen

ausgetragen, die zu einer Belastung des Grundwassers führten. Aufgrund dieser sanierungsrelevanten Beeinflussung des Grundwassers wurde das Gelände 1993 zur Altlast erklärt.

Zur Verhinderung des weiteren Austrags schwermetallhaltiger Wässer aus der Halde und den Auffüllungen im Werksgelände wurden bis Anfang der 2000er Jahre umfangreiche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr durchgeführt. Hierzu zählen im Wesentlichen die hydraulische Sicherung des Grundwasserabstroms mittels Grundwasserreinigungsanlage, die Umverlegung des das Betriebsgelände durchströmenden Weihebachs, die Verfüllung alter Werkstollen sowie die Herstellung einer etwa 20 cm mächtigen Kalkschotterschicht auf der Halde.



Die umgesetzten Maßnahmen konnten die Ausbreitung der Grundwasserbelastung begrenzen und die von der Altlast ausgehenden Belastungen kontrollieren. Die zunächst betriebene Grundwasserreinigungsanlage wurde im Jahr 2000 außer Betrieb genommen. In den folgenden Jahren wurde die Entwicklung der Belastungssituation beobachtet, um die Auswirkungen der zuvor umgesetzten Maßnahmen, insbesondere der Verlegung des Weihebachs, zu bewerten. Ab dem Jahr 2010 wurde erneut eine Grundwasserreinigungsanlage in Betrieb genommen.

Parallel dazu wurde die Planung zur langfristigen Sicherung der Rückstandshalde vorangetrieben. Im Rahmen von Variantenuntersuchungen wurde bereits frühzeitig eine Oberflächenabdichtung in Kombination mit der Sanierung des belasteten Haldenfußes als wirtschaftlichste und zugleich wirksamste Lösung identifiziert. Die ursprünglich für die Mitte der 2010er Jahre vorgesehene Umsetzung wurde jedoch zunächst zugunsten anderer Sanierungsschwerpunkte zurückgestellt.

Zwischen 2016 und 2022 konzentrierten sich die Arbeiten auf Untersuchungen, Gefährdungsabschätzungen und Sanierungsmaßnahmen im Weiheetal bis in den Ortskern von Richelsdorf. Dabei wurden belastete öffentliche Flächen und Privatgrundstücke bearbeitet; die anfallenden Bodenmassen wurden auf der Rückstandshalde gesichert eingebaut.

Die Sicherung der Rückstandshalde erfolgte zwischen Ende 2023 und Ende 2025. Zu Beginn der Arbeiten wurden der auf der Haldenfläche vorhandene Baum- und Strauchbestand gerodet sowie die quer über die Halde verlaufenden Wasser- und Abwasserleitungen umverlegt. Durch die anschließende Umlagerung von Haldenmaterial wurde der Zugang zum belasteten Haldenfuß geschaffen (Bild 1). Das abgelagerte Haldenmaterial stellte eine besondere Herausforderung an die eingesetzten Maschinen dar (Bild 2).

Nach der Sicherung der Baugrube durch Verbaumaßnahmen (Bild 3) wurde eine temporäre Wasserhaltung

eingerrichtet. Die im Grundwasserkontakt stehenden belasteten Haldenmaterialien wurden ausgehoben und in höher gelegene Bereiche der Halde umgelagert. Die dadurch entstandenen Aushubbereiche wurden anschließend mit unbelastetem Material wieder verfüllt (Bild 4 und 5).

Anschließend wurde die Halde durch weitere Erdumlagerungen neu profiliert und für den Aufbau des Oberflächenabdichtungssystems vorbereitet. Danach erhielt sie eine mehrschichtige Oberflächenabdichtung, um den Eintritt von Niederschlagswasser in den Haldenkörper dauerhaft zu minimieren. Ergänzend wurden Entwässerungseinrichtungen zur kontrollierten Ableitung des anfallenden Wassers hergestellt. Zum Abschluss der Bauarbeiten erfolgte die Rekultivierung der Flächen (Bild 6 und 7).

Primäres Ziel der Haldensanierung war die nachhaltige Unterbindung von Schadstoffausträgen aus der Halde in den Wirkungspfad Boden-Grundwasser. Darüber hinaus sollten standsichere Böschungen und geordnete Entwässerungsverhältnisse geschaffen sowie eine landschaftsgerechte Einbindung des Standortes erreicht werden. Erforderliche Eingriffe in den vorhandenen Bewuchs wurden unter Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Belange minimiert und durch Ausgleichsmaßnahmen kompensiert.

Die Entwicklung der Schadstoffbelastung wird weiterhin durch ein Grundwassermonitoring überwacht, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu dokumentieren und zu bewerten. Mit dem Rückgang der Schadstofffrachten und der Stabilisierung der Grundwasserverhältnisse besteht perspektivisch die Möglichkeit, die derzeit noch betriebene Grundwasserreinigungsanlage zurückzufahren und mittelfristig außer Betrieb zu nehmen.

Ziel bleibt eine langfristige Sicherung des Standortes bei möglichst geringem technischem und wirtschaftlichem Aufwand.



DIGITALES ANTRAGS-VERFAHREN FÜR FREIVERKAUFS-ZERTIFIKATE

Die Medizintechnik zählt zu den innovativsten Branchen weltweit. Sie entwickelt Produkte wie Implantate, Diagnosegeräte, Apps oder KI-gestützte Software, die den medizinischen Alltag erleichtern. Deutschland ist hier führend...

2024 erwirtschaftete die Branche rund 41 Milliarden Euro, davon kommt der größte Teil aus dem Export. Damit können Unternehmen ihre Medizinprodukte in Länder außerhalb der EU verkaufen, benötigen sie ein Freiverkaufszertifikat. Es bestätigt, dass ein Produkt in Deutschland zugelassen und sicher ist – oft Voraussetzung dafür, dass andere Länder es überhaupt importieren.

Für Hersteller mit Sitz in Hessen ist das Regierungspräsidium (RP) Kassel zuständig. Bisher wurde der Antrag zusammen mit den notwendigen Unterlagen und Produktlisten, mit teils tausend Artikeln, per E-Mail übersandt. Anschließend wurden die eingereichten Unterlagen und Artikellisten auf Konsistenz und die rechtlichen Anforderungen geprüft. Das Einreichen von Artikellisten mit unterschiedlichen Formatierungen

sorgte regelmäßig für zusätzlichen Bearbeitungsaufwand. Zudem konnte der durchgeführte Abgleich nur schwer dokumentiert werden.

Mit der Einführung der sog. FISBOX im April 2024 hat sich der Ablauf der Bearbeitung geändert und vereinfacht: Im Zuge der Verwaltungsdigitalisierung wurde ein Onlinedienst mit digitalen Antragsformularen entwickelt, der in allen Bundesländern verwendet werden kann. Die eingereichten Anträge werden automatisch an die zuständige Behörde des jeweiligen Antragsstellers übermittelt und zugeordnet.

Dieser Onlinedienst wurde in Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesbehörden und der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) entwickelt. Er folgt dem „Einer für Alle“ (Efa)-Prinzip und soll die interföderale Zusammenarbeit fördern. Die Anforderungen und Funktionen wurden in einem bundesweiten Arbeitskreis definiert, an dem auch das RP Kassel

beteiligt war. Das RP Kassel hat mit der FISBOX eine spezielle Softwarekomponente für die digitale Sachbearbeitung entwickelt. Sie verbindet die Erfassung der Informationen aus der digitalen Antragsstellung aus dem bundesweiten Onlinedienst und ermöglicht der zuständigen Sachbearbeitung die Bearbeitung der eingegangenen Anträge.

In enger Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Fachbereichen des Regierungspräsidiums – dem Dezernat 56 (Fachzentrum für Produktsicherheit und Gefahrstoffe) und dem Dezernat Z6 (IT-Dezernat) – sowie der HZD konnte somit eine benutzungsfreundliche und effiziente Lösung etabliert werden, die die Sachbearbeitung unterstützt.

Gerade bei häufigen oder komplexen Anträgen (z. B. mit vielen Anlagen / Dokumenten, vielen Produkten) ist ein robustes digitales System deutlich im Vorteil gegenüber der bisherigen Bearbeitung. Das Prüfergebnis wird in Tabellenform übersichtlich dargestellt und dokumentiert. Sollten dem Antragssteller beim Ausfüllen der Liste Schreib- oder Formatierungsfehler unterlaufen sein, werden diese bei der Erstellung des Freiverkaufszertifikats automatisch korrigiert. Durch die strukturierte Datenerfassung und klare Workflows ist es gelungen, Fehlerquellen bei der Antragserfassung und Bearbeitung zu reduzieren.

Für Hersteller von Medizinprodukten und In-vitro-Diagnostika bedeutet das bereits bei der Antragstellung weniger Hürden. Damit können Unternehmen schneller ihre Exportzertifikate erhalten, was den Wirtschaftsstandort stärkt. Aus Sicht der Behörde wurden die Arbeiten effizienter gestaltet und führen zu mehr Kapazität bei komplexen regulierten Verfahren.

Die Einführung der FISBOX in diesem Bereich ist mehr als nur ein einfaches IT-Werkzeug. Sie steht exemplarisch dafür, wie moderne IT-Lösungen helfen können, Verwaltungsprozesse zu beschleunigen, zu vereinfachen und zugleich effizienter zu gestalten. Es ist ein Baustein zu einer moderneren Verwaltung im Sinne von Digitalisierung, Serviceorientierung und Wirtschaftsförderung.

Mehr Informationen
erhalten Sie hier.

ZIVILE VERTEIDIGUNG

Auch in Krisen handlungsfähig bleiben:
Das RP Kassel sorgt für den Ernstfall vor

Ein Cyberangriff, ein flächendeckender Stromausfall, eine verheerende Überschwemmung – oder gar Terror und Krieg: Eine Krisensituation kann jederzeit über uns hereinbrechen. Der fortschreitende Klimawandel mit Ereignissen wie dem Ahrtalhochwasser 2021 macht deutlich, wie wichtig es ist, dass die öffentliche Verwaltung in Krisen handlungsfähig ist und bleibt. Spätestens der russische Angriff auf die Ukraine hat außerdem klar gemacht, dass auch Frieden und Sicherheit in Europa keine Selbstverständlichkeit sind, wie viele in Politik und Gesellschaft nach 1989 geglaubt hatten. Das heißt: der Staat muss auch seine Abwehrfähigkeit in krisenhaften Situationen, also bei äußerer oder innerer Bedrohung der öffentlichen Ordnung, sicherstellen.



Thomas Finis

Leiter des Dezernats 43
„Gefahrenabwehr“

Bund und Länder haben deshalb ihre Aktivitäten im Bereich der Landesverteidigung und des Zivilschutzes zuletzt stark intensiviert. Auch das Regierungspräsidium Kassel stellt sich für Krisensituationen neu auf. Als Obere Gefahrenabwehrbehörde für NordOst-Hessen bringen wir uns an der Schnittstelle zwischen Landesregierung und Kommunen ein. Wie das genau aussieht, und was die Rolle des RP Kassel ist, darüber haben wir mit Thomas Finis, Leiter des Dezernats 43 „Gefahrenabwehr“ des RP Kassel, gesprochen:

EDUARD:

Herr Finis, die meisten Menschen kennen das RP Kassel als Verwaltungsbehörde, die sich um Bußgeldverfahren kümmert, um Genehmigungen für Industrieanlagen oder um Kontrollen im Arbeitsschutz. Was hat das RP Kassel mit Landesverteidigung zu tun – dafür haben wir doch eigentlich die Bundeswehr?

THOMAS FINIS:

Das stimmt einerseits – aber bei genauer Betrachtung auch wieder nicht ganz. Richtig ist, dass die militärische Seite der Landesverteidigung ausschließlich bei der Bundeswehr liegt. Allerdings umfasst Landesverteidigung auch einen nichtmilitärischen Teil. Diesen nennt man auch Zivile Verteidigung. Zivile Verteidigung hat die Aufgabe, alle zivilen Maßnahmen zu planen, vorzubereiten und durchzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit einschließlich der Versorgung und des Schutzes der Bevölkerung erforderlich sind. Dies umfasst vier Dimensionen: Erstens, dass der Staat auch in Krisenzeiten seinen Pflichtaufgaben nachkommt und handlungsfähig bleibt („Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen“). Zwei-



tens ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu treffen, von Warnmeldungen und Verhaltenshinweisen über Schutzräume bis hin zum Schutz von Kulturgütern („Zivilschutz“). Drittens muss die Verwaltung in Krisen die Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Wasser, und Nahrungsmitteln sicherstellen und die Funktionsfähigkeit des Post- und Finanzwesens, der Müllentsorgung oder auch des Warenverkehrs gewährleisten („Versorgung“). Und viertens leisten die Zivilbehörden einen Beitrag, um das Militär bei der Erfüllung seiner Aufgaben bestmöglich zu unterstützen, etwa durch Freihalten von Straßen, Gestellung von Betriebsstoffen und Baumaschinen oder Instandhaltungsleistungen sowie ggf. Maßnahmen der Unterbringung und Verpflegung („Unterstützung der Streitkräfte“).

EDUARD:

Wie sieht die Umsetzung im RP Kassel aus?

THOMAS FINIS:

Wir haben 2025 einen Lenkungskreis „Zivile Verteidigung“ sowie verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, in denen die verschiedensten Bereiche des RP Kassel an einer Gesamtstrategie für die Zivile Verteidigung mitwirken. Denn neben dem Dezernat Gefahrenabwehr betrifft die Zivile Verteidigung fast alle Kolleginnen und Kollegen: Von der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit über Finanzen und Kommunalrecht sowie Gewässerschutz, Verkehrswesen und Anlagensicherheit bis hin zu Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht. Zivile Verteidigung ist eine echte Gemeinschaftsaufgabe. In den Arbeitsgruppen befassen wir uns mit zahlreichen Detailfragen, z.B. welche Aufgaben müssen im

Krisenfall zwingend wahrgenommen werden und welche können wegfallen? Wie können wir dann Personal sinnvoll in arbeitsintensive Bereiche verschieben? Welche Mitarbeitenden bringen Kompetenzen aus Wehr- und Zivildienst, aus Feuerwehren und THW oder dem Rettungswesen mit? Wie stellen wir unsere Arbeitsfähigkeit auch bei Stromausfällen, Straßensperren oder Ausgangsbeschränkungen sicher?

Außerdem wollen wir Synergien schaffen und das Thema Zivile Verteidigung in einen größeren Kontext stellen. Denn es ergeben sich hier zahlreiche Überschneidungen etwa mit dem Katastrophenschutz, dem Brandschutz oder der Daten- und Informationssicherheit. Auch Konzepte aus dem Bereich der Wirtschaft wie das sog. „Betriebliche Kontinuitätsmanagement“ (BCM) gehen hier neuartige Wege, von denen wir als öffentliche Verwaltung mit Gewinn lernen können.

EDUARD:

Das klingt ziemlich komplex und erfordert wahrscheinlich viel Energie und Manpower?

THOMAS FINIS:

In der Tat. Schon diese wenigen Beispiele zeigen: Das Themenfeld ist äußerst komplex und die Fragen sind untereinander auf viele Arten und Weisen miteinander verknüpft. Am Ende soll ein Gesamtkonzept stehen, das für den Ernstfall fertig in der Schublade liegt und das auch mit den anderen Behörden über, unter und neben uns abgestimmt ist, so dass ein Rad ins andere greift. Diese Aufgabe zu bewältigen erfordert Zeit, Kapazitäten und gute Abstimmung untereinander. Es ist aber allemal besser, diese Arbeit jetzt zu investieren als



irgendwann von einer Krise „überrumpelt“ zu werden. Das Bewusstsein, dass Prävention richtig und notwendig ist, ist in der Belegschaft zum Glück deutlich spürbar. Die Kreativität und der Wille, etwas zur Stärkung unserer behördlichen Resilienz beizutragen, sind groß. Das freut mich und stimmt mich zuversichtlich, dass wir auf einem guten Weg sind.

EDUARD:

Was können Bürgerinnen und Bürger selbst tun, um für einen möglichen Krisenfall vorbereitet zu sein?

THOMAS FINIS:

Das wichtigste ist meines Erachtens zunächst, dass in der breiten Gesellschaft ein Haltungswechsel einsetzt: Dass wir in Westeuropa 80 Jahre lang in Frieden und Freiheit gelebt haben, ist ein großes Glück. Es ist aber keineswegs selbstverständlich, dass dies immer so bleibt. Da dürfen wir uns nicht länger in einem trügerischen Sicherheitsgefühl wiegen, dass Frieden und Wohlstand auf ewig garantiert wären. Russlands Krieg in der Ukraine ist nur wenige hundert Kilometer von uns entfernt und die Möglichkeit eines Übergreifens auf Westeuropa ist real, das sagt die Mehrheit der Expertinnen und Experten.

Wenn es darum geht, was jede und jeder Einzelne praktisch tun kann, gibt es inzwischen erfreulicherweise zahlreiche Informationsmöglichkeiten. Für den Einstieg ist eine neue Broschüre des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: „Vorsorgen in Krisen und Katastrophen“ zu empfehlen. Diese und weiteres Infomaterial (Checklisten, Verhaltenshinweise usw.) kann über das BBK bezogen oder auch [HIER](#) online heruntergeladen werden.



BEGRIFFE VERSTÄNDLICH AUF DEN PUNKT GEBRACHT:

Kleines Glossar Zivile Verteidigung

BCM – Business Continuity Management (dt. Betriebliches Kontinuitätsmanagement)

Das BCM umfasst Maßnahmen zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit eines Unternehmens / einer Behörde, u. a. durch die Aufrechterhaltung kritischer Geschäftsprozesse in einer Krise, Minimierung von Ausfallzeiten sowie Etablierung von Notfall- / Krisenplänen.

Bevölkerungsschutz

Der Bevölkerungsschutz umfasst alle Aufgaben und Maßnahmen der nicht-polizeilichen und nicht-militärischen Gefahrenabwehr zum Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen sowie vor den Auswirkungen von Kriegen und bewaffneten Konflikten.

Gefahrenabwehr

Die Gefahrenabwehr umfasst notwendige staatliche Maßnahmen, um eine konkrete und einfallfallbezogene Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren.

Resilienz

Die Eigenvorsorge orientiert sich an dem Prinzip der Resilienz, sprich der Fähigkeit von Systemen und Lebewesen, negativen Ereignissen zu widerstehen oder sich daran anzupassen, ohne dabei grundlegende Funktionsfähigkeiten zu verlieren.

Verteidigungsfall

Der Verteidigungsfall umschreibt einen verfassungsrechtlichen Zustand, bei dem das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht.

Zivile Verteidigung

Dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nach obliegt dem Bund die ausschließliche Zuständigkeit auf dem Gebiet der Landesverteidigung einschließlich dem Schutz der Zivilbevölkerung. Neben der militärischen Verteidigung durch die Bundeswehr muss auch die Zivile Verteidigung als unerlässliche Komponente der Gesamtverteidigung betrachtet werden. Die Konzeption „Zivile Verteidigung“ stellt das Basisdokument in diesem Zusammenhang dar und fasst die wesentlichen Aufgaben der Zivilen Verteidigung als vier Säulen zusammen: „Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen“, „Notversorgung der Bevölkerung“, „Zivilschutz“ und „Unterstützung der Streitkräfte“. Durch bundesweit geltende einheitliche Vorgaben und individuelle Maßnahmenplanungen der Behörden soll die Sicherstellung dieser „vier Säulen“ im gesamten Bundesgebiet gewährleistet werden. Die im Zusammenhang stehenden Planungen fokussieren sich auf den Verteidigungsfall, bei dem die Bundesrepublik Deutschland mit Waffengewalt auf ihrem eigenen Territorium angegriffen wird oder alternativ ein solcher Angriff unmittelbar droht. Bereits vor dem Verteidigungsfall, im sog. „Bündnisfall“ (Angriff auf einen NATO-Bündnispartner) oder im sog. „Spannungsfall“, in welchem spezielle Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze zur Anwendung kommen, können Maßnahmen zur Zivilen Verteidigung ein zweckmäßiges Instrument darstellen. Der Bund beschafft zu diesem Zweck Fahrzeuge sowie Fachausstattung und hält Bedarfsgegenstände zum Schutz der Zivilbevölkerung vor. Diese Zivilschutzausstattung steht den Bundesländern auch für Zwecke des Katastrophenschutzes zur Verfügung.

5.800.000.000 EINE BEEIN- DRUCKENDE ZAHL

Fast sechs Milliarden Pakete mit einem Warenwert von unter 150 Euro wurden 2025 in die EU importiert. Darunter finden sich oft Produkte für den häuslichen Gebrauch wie Kinderspielzeug, elektrische Küchengeräte oder Werkzeug.

Für viele dieser Produkte gibt es sehr detaillierte, sicherheitsrelevante Beschaffenheitsanforderungen sowie Informations- und Kennzeichnungsverpflichtungen, die europaweit gelten. Diese dienen vorrangig dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher, sodass für diese keine Gesundheits- oder Verletzungsgefahr von den Produkten ausgeht.

Hersteller, Importeure, aber auch Händler sind verpflichtet, nur sichere und rechtskonform gekennzeichnete technische Arbeitsmittel und Produkte in Verkehr zu bringen.

Die staatliche Marktüberwachung überprüft stichprobenartig die importierten Waren auf ihre Konformität mit den geltenden Regularien. In gemeinsamen Aktionen der Marktüberwachungsdezernate des RP Darmstadt, der Hessischen Geräteuntersuchungsstelle (GUS) beim RP Kassel und dem Zoll wurden in Stichprobenprüfungen in ausgewählten Produktkategorien teils Mängelquoten, einschließlich gefährlicher technischer Mängel, von mehr als 90 Prozent festgestellt.



WIE DROHNEN IN KASSEL MEDI- ZINISCHE PROBEN SCHNELLER ANS ZIEL BRINGEN

Zeit spielt in der Medizin häufig eine entscheidende Rolle – insbesondere im Operationssaal.



Während einer laufenden Operation entnehmen Ärztinnen und Ärzte sogenannte Schnellschnitte: Gewebeproben, die umgehend in der Pathologie untersucht werden müssen. Das Untersuchungsergebnis entscheidet oft unmittelbar darüber, wie die Operation fortgeführt wird. Für die Patientinnen und Patienten bedeutet dies: Je schneller die Probe analysiert wird, desto kürzer bleibt die Narkosezeit – und desto geringer ist die körperliche Belastung.

Doch genau hier stoßen herkömmliche Transportwege an ihre Grenzen. Gerade im Stadtverkehr können selbst kurze Strecken mit dem Auto wertvolle Zeit kosten. In Kassel setzt man deshalb auf eine innovative Alternative: den Transport medizinischer Proben per Drohne.

Zum Einsatz kommt dabei ein sogenanntes Unmanned Aircraft System (UAS), also ein unbemanntes Luftfahrtssystem. Die Europäische Drohnenverordnung 2019/947 unterscheidet den Betrieb solcher Systeme je nach Risikopotenzial in drei Kategorien (Offen, Speziell und Zulassungspflichtig). Während einfache Freizeit- oder Standardflüge der „offenen Kategorie“ zugeordnet werden, fallen komplexere Einsätze mit erhöhtem Risiko in die „spezielle Kategorie“. Genau dort ist auch das Kasseler Projekt angesiedelt.

Der Grund dafür liegt vor allem in der Art des Betriebs. Anders als bei klassischen Drohnenflügen ist das eingesetzte UAS nicht in Sichtweite des Fernpiloten. Fachleute sprechen hier von „BVLOS“ – „Beyond Visual Line of Sight“, also einem Flug außerhalb der direkten Sichtverbindung. Gesteuert wird die Drohne dennoch jederzeit von einem ausgebildeten Fernpiloten, der den Flug über technische Systeme überwacht und bei Bedarf sofort eingreifen kann. Es handelt sich somit nicht um einen autonomen Flug ohne menschliche Kontrolle.

Das Luftfahrzeug ist als Starrflügler konstruiert und erinnert optisch eher an ein kleines Flugzeug als an einen klassischen Multicopter. Das System kann direkt an Fenstern starten und landen. Dadurch lassen sich die medizinischen Proben unkompliziert von Krankenhaus- oder Laborpersonal be- und entladen, ohne zusätzliche Infrastruktur schaffen zu müssen.

Bevor ein solcher Betrieb jedoch starten darf, sind umfangreiche Genehmigungsprozesse erforderlich. Das Unternehmen verfügt bereits über eine Betriebsgenehmigung, in der sowohl Risiken am Boden als auch im Luftraum bewertet wurden. Zusätzlich mussten jedoch weitere luftrechtliche Anforderungen erfüllt werden.

Eine besondere Rolle spielen dabei sogenannte geografische Gebiete oder „Geozonen“. Diese in der Luftverkehrsordnung festgelegten Bereiche erlauben Drohnenflüge nur unter bestimmten Voraussetzungen oder schränken sie vollständig ein. Da die Flugroute in Kassel mehrere solcher Gebiete berührt, war eine gesonderte Genehmigung durch das Regierungspräsidium Kassel erforderlich.

Vor allem der Überflug von Wohngrundstücken wurde im Genehmigungsverfahren intensiv geprüft. Aspekte wie Datenschutz, Privatsphäre und Lärmschutz standen dabei im Mittelpunkt. Das UAS verfügt jedoch weder über Systeme zur Bild- noch zur Tonaufnahme. Auch die Lärmbelastung fällt vergleichsweise gering aus: Die Flüge finden ausschließlich tagsüber zwischen 7 und 19 Uhr statt, maximal 13-mal pro Woche und in einer Höhe von rund 60 Metern. Mit einer Geschwindigkeit von etwa 28 Metern pro Sekunde – rund 100 km/h – überfliegt die Drohne einzelne Grundstücke lediglich für wenige Sekunden.

Ein zusätzliches Lärmgutachten bestätigte die Einhaltung der geltenden Vorschriften. In der Gesamt abwägung überwog für die Behörden schließlich der medizinische Nutzen des Projekts – insbesondere die Möglichkeit, Patientinnen und Patienten durch schnellere Diagnosen kürzere Operationszeiten zu ermöglichen. Das Regierungspräsidium erteilte daher die notwendige Erlaubnis für die Flüge über Wohngebiete und weitere betroffene Geozonen.

Dieses Projekt zeigt damit beispielhaft, wie moderne Luftfahrttechnologie zunehmend Einzug in den medizinischen Alltag hält – nicht als technisches Zukunftsszenario, sondern als konkrete Unterstützung dort, wo Zeit über Gesundheit entscheiden kann.



MEHR ALS WISSEN VERMITTELN:

Warum Auszubildende den Unterschied machen

Wer an Ausbildung denkt, hat meist zuerst die Auszubildenden oder Studierenden im Kopf. Doch zu jedem erfolgreichen Berufsstart gehören auch Menschen, die ihr Wissen weitergeben, Orientierung bieten und neue Kolleginnen und Kollegen auf ihrem Weg begleiten. Im Regierungspräsidium Kassel übernehmen diese Aufgabe engagierte Ausbilderinnen und Ausbilder aus den unterschiedlichsten Fachbereichen. Sie organisieren Ausbildungsstationen, geben fachliche Unterstützung, beantworten Fragen und helfen dabei, die ersten Schritte im Berufsleben zu meistern. Doch was motiviert sie eigentlich, neben ihrem regulären Arbeitsalltag Verantwortung für die neuen Teammitglieder zu übernehmen?

Wir haben mit Hanna Dirlam, Maria Krohn und Naser Ramovic darüber gesprochen, was gute Ausbildung ausmacht und warum sie weit mehr ist als die Vermittlung von Fachwissen.

AUSBILDUNG BEDEUTET VERANTWORTUNG

Für **HANNA DIRLAM**, die die Ausbildung der Verwaltungsfachangestellten sowie der Fachinformatikerinnen und Fachinformatiker betreut, beginnt gute Ausbildung bereits mit der Frage, wie Berufseinsteigende in einer neuen Umgebung ankommen. „Der Start in das Berufsleben ist für viele ein großer Schritt. Plötzlich gelten neue Regeln, neue Erwartungen und ein völlig neuer Alltag. Deshalb ist es wichtig, dass die Auszubildenden von Anfang an Ansprechpersonen haben, die sie begleiten und unterstützen.“ Dabei gehe es nicht nur um fachliche Themen. Oft seien es die kleinen Fragen des Arbeitsalltags, bei denen neue Teammitglieder Unterstützung benötigen. Wie organisiert man sich? Wie kommuniziert man professionell? Wie geht man mit neuen Herausforderungen um?

„Wir möchten unseren Auszubildenden und dual Studierenden Sicherheit geben und gleichzeitig die Möglichkeit, sich eigenständig zu entwickeln“, erklärt Dirlam.

LERNEN FUNKTIONIERT AM BESTEN AUF AUGENHÖHE

MARIA KROHN ist Ausbildungsverantwortliche für die Verwaltungswirtinnen und Verwaltungswirte im mittleren Dienst. Auch sie beobachtet, dass sich die Anforderungen an die Ausbildung verändert haben. „Früher war das Verhältnis zwischen Ausbildern und den Lernenden oft deutlich hierarchischer“, sagt sie. „Heute erwarten die neuen Generationen von Beschäftigten einen offenen Austausch und eine transparente Kommunikation. Das ist aus meiner Sicht eine positive Entwicklung.“ Moderne Ausbildung bedeute nicht, jede Aufgabe vorzugeben oder jede Entscheidung abzunehmen. Für Maria Krohn gehe es vielmehr darum, Vertrauen aufzubauen und Entwicklung zu ermöglichen. „Wir wollen, dass die Auszubildenden sowie Anwärtinnen und Bewerber eigene Erfahrungen sammeln. Fehler gehören dazu“, betont sie. „Wichtig ist, dass man daraus lernt und sich weiterentwickelt.“ Diese Haltung spiegle sich auch in der Ausbildungszeit wider. Regelmäßige Feedbackgespräche, offene Kommunikation und eine wertschätzende Zusammenarbeit seien heute zentrale Bestandteile einer erfolgreichen Ausbildung.

NEUE TEAMMITGLIEDER BRINGEN NEUE PERSPEKTIVEN

Für **NASER RAMOVIC**, Koordinator der dualen Studiengänge Public Administration und Digitale Verwaltung, ist Ausbildung keine Einbahnstraße. „Natürlich geben wir Wissen weiter. Gleichzeitig lernen wir selbst viel von

den Menschen, die zu uns kommen.“ Gerade Studierende würden häufig neue Sichtweisen mitbringen und bestehende Prozesse hinterfragen. Das könne wertvolle Impulse für die gesamte Organisation liefern. „Wer heute ein duales Studium beginnt, bringt oft frische Erfahrungen mit digitalen Technologien mit. Diese Perspektiven und Ideen sind für die Weiterentwicklung der Verwaltung enorm wichtig.“ Deshalb sei es für ihn wichtig, den angehenden Fachkräften früh Verantwortung zu übertragen und sie aktiv einzubinden. „Viele sind überrascht, wie schnell sie bei uns eigene Aufgaben übernehmen und an Projekten mitarbeiten können.“

WAS GUTE AUSBILDERINNEN UND AUSBILDER AUSZEICHNET

Auf die Frage, welche Eigenschaften gute Auszubildende mitbringen sollten, nennen alle drei Gesprächspartner ähnliche Punkte. Für die drei sei echte Leidenschaft besonders wichtig und die Bereitschaft, die „Extrameile“ zu gehen. Wer mit Herzblut bei der Sache ist, motiviert auch die Auszubildenden. Ebenso wichtig sei es zuzuhören. Wer Menschen in der Ausbildung begleitet, müsse ihre Perspektiven verstehen und auf individuelle Bedürfnisse eingehen können. Hinzu komme die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. „Ausbildung bedeutet, Menschen auf ihrem Weg zu begleiten und ihnen Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen“, sagt Maria Krohn. „Das ist eine Aufgabe, die man mit Überzeugung übernehmen sollte.“

WARUM SICH DER EINSATZ LOHNT

Trotz des zusätzlichen Aufwands sind sich Hanna Dirlam, Maria Krohn und Naser Ramovic einig: Die Arbeit mit den Auszubildenden und dual Studierenden ist eine Bereicherung. „Es ist schön zu sehen, wie sich die Persönlichkeiten entwickeln“, berichtet Hanna Dirlam. „Viele starten mit einer gewissen Unsicherheit und wachsen im Laufe der Ausbildung immer

stärker in ihre Rolle hinein.“ Auch Naser Ramovic erlebt regelmäßig solche Momente. „Besonders spannend ist es, wenn Studierende eigene Ideen einbringen und man ihre fachliche Entwicklung über mehrere Jahre verfolgen kann.“

Für Maria Krohn liegt die größte Motivation darin, einen Beitrag für die Zukunft zu leisten. „Wir investieren heute in die Fachkräfte von morgen. Das ist wichtig für unsere Behörde, aber auch für eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung insgesamt.“

MENSCHEN MACHEN DEN UNTERSCHIED

Gute Ausbildung entsteht nicht allein durch Ausbildungspläne, Unterricht oder Praxisstationen. Entscheidend sind die Menschen, die ihr Wissen weitergeben, begleiten und motivieren.

Die Ausbilderinnen und Ausbilder des Regierungspräsidiums Kassel übernehmen genau diese Rolle. Sie fördern fachliche Kompetenzen, unterstützen bei persönlichen Herausforderungen und schaffen ein Umfeld, in dem sich die neuen Kolleginnen und Kollegen optimal entwickeln können.

Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag für die Zukunft des öffentlichen Dienstes – und dafür, dass aus den Lernenden die Fachleute von morgen werden.



NACHRICHTEN

RP Kassel informiert

RP KASSEL WÜRDIGT VETE- RANINNEN UND VETERANEN

Anlässlich des Nationalen Veteranentags am 15. Juni setzte das Regierungspräsidium Kassel ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für den Dienst von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Mit zwei besonderen Aktivitäten würdigte Regierungspräsident Mark Weinmeister sowohl aktive Einsatzkräfte als auch ehemalige Angehörige der Bundeswehr aus den eigenen Reihen.

Im Mittelpunkt stand eine gemeinsame Videokonferenz mit Soldatinnen und Soldaten des Jägerbataillons 1 aus Schwarzenborn (Schwalm-Eder-Kreis), die im Rahmen der NATO Multinational Battlegroup Litauen der Panzerbrigade 45 im Baltikum Dienst tun. Bereits im Vorfeld hatte Regierungspräsident Mark Weinmeister den Soldatinnen und Soldaten eine Wandplakette übersandt, auf der er ihnen Dank und Anerkennung für ihren Einsatz aussprach.

„Mit Ihrem Dienst in Litauen leisten Sie einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit unseres Bündnisses. Zugleich vertreten Sie unser Land und unsere Heimat NordOstHessen mit großer Verantwortung, Verlässlichkeit und Professionalität. Ihr Einsatz fern der Heimat verdient besonderen Respekt“, betonte Regierungspräsident Mark Weinmeister



Darüber hinaus hatte das Regierungspräsidium rund 30 Mitarbeitende, die selbst bei der Bundeswehr gedient haben oder noch als Reservistinnen und Reservisten aktiv sind, zu einem internen Veteranentreffen eingeladen. Im Rahmen der Veranstaltung überreichte Regierungspräsident Weinmeister ihnen das offizielle Veteranenabzeichen der Bundeswehr.

Der Nationale Veteranentag am 15. Juni geht zurück auf einen Beschluss des Deutschen Bundestages, umgesetzt durch die Bundesregierung. Im April 2024 haben die Abgeordneten des Bundestages entschieden, den Veteraninnen und Veteranen Deutschlands einmal im Jahr einen Tag der öffentlichen Anerkennung zu widmen.

„FAMILIEN- FREUNDLICHER ARBEITGEBER“: GÜTESIEGEL FÜR RP KASSEL

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Jobsuchende ein Top-Kriterium bei der Auswahl ihres Arbeitgebers und erweist sich in Zeiten des demografischen Wandels und einer sich rasch verändernden Arbeitswelt zunehmend als essenziell. Deshalb war die Freude im Regierungspräsidium Kassel groß, dass Staatsminister Prof. Dr. Roman Poseck am 24. Juni der nordosthessischen Mittelbehörde nun zum vierten Mal das Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“ verliehen hat.

„Im RP Kassel ist es uns ein zentrales Anliegen, dass die Beschäftigten familiäre Verantwortung, Pflegeaufgaben und berufliche Entwicklung gut miteinander vereinbaren können. Davon profitieren insbesondere Frauen, die nach wie vor einen Großteil der Sorgearbeit übernehmen. Die erneute Verleihung des Gütesiegels bestätigt, dass das RP Kassel die-

sen Weg konsequent verfolgt“, hob Sonja Pfeiffer, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte des RP Kassel, hervor.

Das RP Kassel war bereits 2016 erstmals vom Hessischen Innenministerium als „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“ ausgezeichnet und 2018 sowie 2022 erfolgreich rezertifiziert worden. In der Behörde wurden in diesem Zusammenhang verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Beschäftigten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. So macht u. a. eine Dienstvereinbarung für flexible Arbeitszeit in Verbindung mit Teilzeitmodellen individuelle Arbeitszeitregelungen möglich. Auf Grundlage der während der Corona-Pandemie gemachten Erfahrungen wurden zudem die notwendigen Rahmenbedingungen und Strukturen für flächendeckendes, mobiles Arbeiten geschaffen bzw. erweitert.



„Darüber hinaus wurde neben dem bereits bestehenden Austauschformat des Elternstammtischs auch das Angebot eines Pflegestammtischs geschaffen sowie eine Mitarbeitende zum betrieblichen Pflegeguide ausgebildet“,

merkte Anna Meywirth vom Gesundheitsmanagement des RP Kassel abschließend an.

Fachforum Verkehrsüber- wachung 2026:

AUSTAUSCH UND VER- NETZUNG IM FOKUS

Die Zentrale Bußgeldstelle des Landes Hessen hat in der Außenstelle Kurt-Schumacher-Straße in Kassel das Fachforum Verkehrsüberwachung für die hessischen Ordnungsbehörden am 22. und 23.06.2026 ausgerichtet. Hintergrund der Veranstaltung ist die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen: Rund 36 Prozent aller im Jahr 2025 bearbeiteten Verkehrsordnungswidrigkeitsanzeigen wurden durch die örtlichen Ordnungsbehörden festgestellt.

An zwei Veranstaltungstagen nutzten rund 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den hessischen Ordnungsbehörden die Gelegenheit zum fachlichen Austausch rund um das Thema Verkehrsüberwachung.

Im Mittelpunkt des Fachforums stand ein interaktiver Workshop mit verschiedenen Themenstationen. Die Teilnehmenden konnten sich dabei praxisnah zu unterschiedlichen Schwerpunkten informieren und austauschen. Themen waren unter anderem die Filmauswertestelle, die praktische Anwendung im Fachverfahren sowie aktuelle Entwicklungen und Anforderungen in der Verkehrsüberwachung.

Als Gäste konnten zudem zwei Vertreter der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) begrüßt werden, die den fachlichen Dialog bereichsübergreifend bereicherten.

Auftakt für das **CROSS- MENTORING- PROGRAMM 2026**

Mit einer Auftaktveranstaltung im Walter-Lübcke-Saal des Regierungspräsidiums Kassel ist am 21. Mai der dritte Durchgang des Programms „Cross Mentoring für Frauen in der Verwaltung“ gestartet. Insgesamt nehmen in diesem Jahr 52 Personen teil – darunter 26 Mentees sowie 26 Mentorinnen und Mentoren aus unterschiedlichen Verwaltungen der Region.

Das Cross-Mentoring-Programm verfolgt das Ziel, Frauen für Leitungsaufgaben zu stärken,

Potenziale sichtbar zu machen und nachhaltige Netzwerke über Verwaltungsgrenzen hinweg aufzubauen. Die Besonderheit des Programms liegt im verwaltungsübergreifenden Ansatz: Mentorinnen und Mentoren begleiten jeweils Beschäftigte aus anderen Behörden. Dadurch entstehen neue Perspektiven, vertrauensvoller Austausch und wertvolle Impulse für die persönliche und berufliche Entwicklung. Im Namen des Regierungspräsidiums Kassel begrüßte Julia Göpel, Leiterin des dortigen Personaldezernats, die Teilnehmenden und hob den besonderen Ansatz des Programms hervor: „Eine erfolgreiche Personalentwicklung kann auch in Zeiten des Fachkräftemangels groß gedacht werden. Gerade durch die behördenübergreifende Vernetzung entsteht für alle Teilnehmenden und die Behörden ein großer Mehrwert.“

Als Teil der Steuerungsgruppe koordiniert die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte des RP Kassel mit ihrem Team das Mentoring-Programm. „Wir sind davon überzeugt, dass die Behörde durch die Teilnahme am Cross-Mentoring-Programm die Chancengleichheit von Frauen und Männern ganz erheblich verbessert“, so Sonja Pfeiffer. Im Rahmen der Auftaktveranstaltung erhielten die Teilnehmenden zunächst eine Einführung in Ziele, Rollen-



verständnis und Ablauf des Mentoring-Programms. Anschließend wurden die Mentoring-Tandems in einem interaktiven Puzzle-Format zusammengeführt, bevor die ersten Gespräche zwischen Mentorinnen, Mentoren und Mentees stattfinden konnten. Am aktuellen Programmdurchlauf beteiligen sich die Stadt Kassel, die Stadt Baunatal, das Jobcenter Landkreis Kassel, das Regierungspräsidium Kassel, der Landkreis Kassel, die Gemeinde Fulda, die Gemeinde Kaufungen sowie das Prüfungsamt des Hessischen Rechnungshofes. Das Programm läuft über zwölf Monate und wird durch Netzwerktreffen sowie Workshops begleitet.

DIE DIGITALE BRIEFTASCHE EUROPAS KOMMT

Ab 2027 können EU-Bürgerinnen und EU-Bürger mit der European Digital Identity Wallet (EUDI-Wallet) Ausweisdokumente und beglaubigte Nachweise digital und schnell verfügbar in der Hosentasche haben. Sie können sich künftig mit dem Smartphone gegenüber Behörden und der öffentlichen Verwaltung ausweisen.

Die Europäische Kommission hat einen technischen Grundbaukasten für die EUDI-Wallet be-

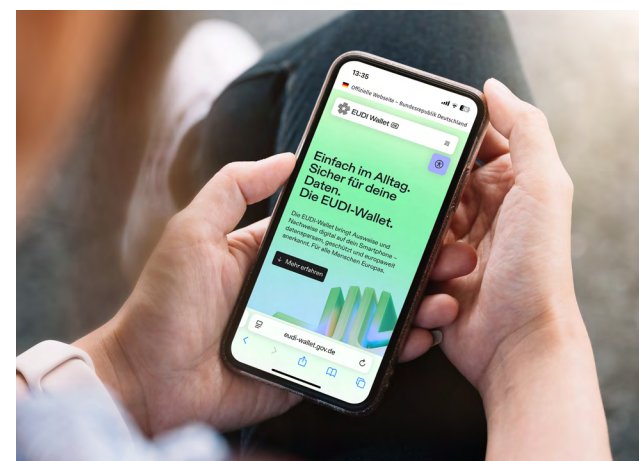
reitgestellt. Mit diesem bauen die EU-Mitgliedsstaaten eigene Wallets, die europaweit miteinander kompatibel sind. Die Bundesländer, Landkreise und jede einzelne Kommune in Deutschland stellen die technischen Voraussetzungen bereit, damit Bürgerinnen und Bürger die EUDI-Wallet für öffentliche Services nutzen können. Das EUROPE DIRECT NordOstHessen beim Regierungspräsidium Kassel hatte daher interessierte Bürgerinnen und Bürger, IT-Dienstleister sowie Vertreterinnen und Vertreter von Landkreisen und Kommunen zu einer Online-Veranstaltung am 2. Juli einge-

laden. Ziel war es, früh genug über die EUDI-Wallet und die technischen Möglichkeiten zu informieren.

Die europäische EUDI-Wallet bildet den Grundstein für die nationalen Wallets. Die staatliche EUDI-Wallet in Deutschland wird von der Bundesagentur für Sprunginnovation (SPRIND) im Auftrag des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung entwickelt. Clemens Schleupner von der SPRIND stellte in seiner Keynote die digitale Briefftasche und den aktuellen Bearbeitungsstand vor.

Jan Wegner von der POLYAS GmbH und Hans Müller von der ekom21 zeigten zudem in zwei Vorträgen, wie die EUDI-Wallet exemplarisch von der öffentlichen Verwaltung eingebunden werden könnte – etwa bei der Digitalisierung von öffentlichen Wahlen oder der Verknüpfung mit der bereits etablierten BundID.

Über 100 interessierte Verantwortliche aus ganz Hessen nahmen an der Veranstaltung teil und beteiligten sich an der anschließenden Diskussion.





SOMMERREISE RP VOR ORT

In der Ferienzeit bereist Regierungspräsident Mark Weinmeister traditionell NordOstHessen, um sich über Anliegen zu informieren, die die Region bewegen. Bei der diesjährigen Sommerreise „RP vor Ort“ standen regionale Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie Inklusions- und Betreuungsstätten im Fokus. Auf seiner Reise informierte sich Mark Weinmeister darüber, wie Gesundheit, Pflege, Betreuung und Inklusion in NordOstHessen weiter gestärkt und zukunftsfähig aufgestellt werden

können. Wie andere Bereiche auch sind Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen durch die demographische Entwicklung der Region und den steigenden Fachkräftebedarf gefordert. Der Regierungspräsident erhoffte sich auch neue Impulse im direkten Austausch mit Praktikern vor Ort.

Während der Reise besuchte Mark Weinmeister unter anderem eine Pflegeschule, ambulante Pflegedienste, Krankenhäuser, psychiatrische Einrichtungen, eine Werkstatt für Menschen mit Behinderungen, ein Nachbarschaftszentrum sowie ehrenamtliche Projekte. Von Kassel über Bad Emstal, Rotenburg an der Fulda, Bad Hersfeld, Bad Arolsen, Wabern, Schwalmstadt und Fulda bis nach Eschwege informierte sich der Regierungspräsident über aktuelle Entwicklungen, innovative Konzepte

und die Herausforderungen der Einrichtungen vor Ort. Im Mittelpunkt der Gespräche standen insbesondere die Fachkräftesicherung, die demografische Entwicklung, die Zukunft der Pflege, moderne Versorgungsstrukturen, Inklusion sowie die Bedeutung des Ehrenamts für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

„Die Sommerreise hat einmal mehr gezeigt, wie engagiert die Menschen in NordOstHessen täglich Verantwortung für andere übernehmen. Ob in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Werkstätten, Ausbildungsstätten oder Einrichtungen der psychosozialen Versorgung: Mitmenschlichkeit wird in NordOstHessen großgeschrieben. Überall habe ich Menschen getroffen, die mit hoher Kompetenz, Herzblut und innovativen Ideen täglich einen Mehrwert für ihre Mitmenschen erbringen“, zog

Regierungspräsident Mark Weinmeister Bilanz. „Diese Erfahrungen aus erster Hand sind für unsere Arbeit als Regierungspräsidium von großem Wert. Immer wieder kam auch die Sprache auf bürokratische Hürden und auf den Bedarf, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger eine Modernisierung und Digitalisierung von Prozessen zu erreichen. Denn die Zeit, die man mit bürokratischen Verpflichtungen verbringt, geht häufig zulasten der eigentlichen Hilfs- und Pflege Tätigkeit. Auch uns als öffentliche Verwaltung beschäftigt der Abbau von zu kleinteiligen und nicht immer bürgernahen Regularien in besonderer Weise. Hier nehme ich aus der Reise wichtige Impulse mit für unsere tägliche Arbeit und werde mich auch in der Landespolitik weiterhin für unbürokratische und am Bürger ausgerichtete Lösungen stark machen.“



S-SÖ-MMERREISE

ÜBER MYTHEN UND IRRTÜMER IN DER BEAMTENVERSORGUNG

Ruhegehalt, Versorgungsabschlag, Kindererziehungszuschläge – die Versorgung der rund 87.000 hessischen Beamtinnen und Beamten ist umfangreich und vielschichtig. Obwohl im Hessischen Beamtenversorgungsgesetz geregelt, herrschen häufig noch Unklarheiten über Ruhegehälter, Abschläge oder Versorgungsansprüche. In dieser Ausgabe räumen wir mit fünf Mythen und Irrtümern auf.

Ich muss ein Jahr vor Eintritt in den Ruhestand unbedingt in Vollzeit tätig gewesen sein, damit meine ruhegehaltfähigen Dienstbezüge in voller Höhe zugrunde gelegt werden.

DAS STIMMT SO NICHT!

Ob Sie ein Jahr vor Ruhestandsbeginn in Vollzeit oder Teilzeit gearbeitet haben – oder sogar komplett beurlaubt waren – spielt für die Höhe der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge keine Rolle. Ihr Ruhegehalt wird mit dem vollen Betrag der Bezüge zugrunde gelegt. Der im letzten Dienstjahr abgeleistete Stellenanteil bildet sich lediglich über den Ruhegehaltssatz ab, wenn der Höchstruhegehaltssatz von 71,75 % nicht ohnehin vor dem letzten Dienstjahr erreicht wurde.

Bei vorzeitigem Eintritt in den Ruhestand fällt der Versorgungsabschlag weg, sobald ich die Regelaltersgrenze erreicht habe.

NEIN!

Sobald, aufgrund des vorzeitigen Ruhestandsbeginns, ein Versorgungsabschlag festgesetzt wurde, bleibt dieser bis zu Ihrem Lebensende bestehen. Gehen Sie etwa drei Jahre vor Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand, wird Ihr Ruhegehalt prozentual vermindert. Dieser Abschlag bleibt auch, sobald Sie die Regelaltersgrenze erreichen. Sollten Ihr Ehepartner und/oder Ihre Kinder zu einem späteren Zeitpunkt eine Hinterbliebenenversorgung erhalten, würde sich der Versorgungsabschlag auch auf diese Versorgungsbezüge auswirken.

Elternzeit ist immer ruhegehaltfähig.

NEIN!

Die Phase einer Elternzeit zählt grundsätzlich nicht zur ruhegehaltfähigen Dienstzeit und erhöht nicht Ihren Ruhegehaltssatz. Das Hessische Beamtenversorgungsgesetz unterscheidet nicht zwischen einer Beurlaubung aufgrund von Kindererziehung (Elternzeit) und einer Beurlaubung aus anderen Gründen.

Es gibt jedoch eine Ausnahme: Sollten Sie vor dem 01.01.1992 geborene Kinder innerhalb des Beamtenverhältnisses erzogen haben, ist diese Kindererziehungszeit bis zu dem Tag ruhegehaltfähig, an dem das Kind sechs Monate alt wurde. Unabhängig davon kann jedoch für zugeordnete Kindererziehungszeiten ein Kindererziehungszuschlag zustehen.

NACHGEFRAGT

Mit 40 vollen ruhegehaltfähigen Dienstjahren kann ich ohne Abzüge in den Ruhestand gehen.

Das geht nur, wenn Sie zusätzlich auch die für Sie maßgebliche Altersgrenze erreicht haben. Grundsätzlich gilt: Bei vorzeitigem Ruhestandsbeginn – zum Beispiel auf Antrag mit Vollendung des 62. Lebensjahres – fällt ein Versorgungsabschlag an, der Ihr Ruhegehalt und auch einen möglichen Kindererziehungszuschlag mindert.

Im Rahmen meines Scheidungsverfahrens wurde ein Versorgungsausgleich zu meinen Lasten festgelegt. Mein geschiedener Ehepartner hat nun erneut geheiratet, damit entfällt ja die Kürzung meines Ruhegehaltes.

NEIN!

Die Wiederheirat des geschiedenen Ehepartners hat grundsätzlich keine Auswirkungen auf den bereits durchgeführten Versorgungsausgleich. Die Kürzung des Ruhegehalts bleibt bestehen. Der Versorgungsausgleich wird durch eine neue Ehe des früheren Ehepartners nicht aufgehoben.



SO GEHT EUROPA:

Kinder und Jugendliche zeigen im Europäischen Wettbewerb ihre Visionen und Wünsche für Europa – und auch ihre Sorgen.

Eine junge Frau sitzt gebückt in dichtem Gebüsch. In der Ferne heulen Sirenen. Mit ihrem Fernglas folgt sie einem Panzer, dann wandert ihr Blick auf eine nahegelegene Scheune. Sie sieht sich besorgt um, wartet, bis der Panzer vorbeigezogen ist. Mit Isomatte und Rucksack läuft sie in das Gebäude. Im Dunkel der Scheune zündet sie eine Kerze an. Hier auf der Isomatte ist heute Nacht ihr Schlafplatz. Zum Abendessen hat sie ein Butterbrot und eine Thermoskanne. Dann eine Explosion und Schüsse.

Es handelt sich nur um einen Kurzfilm. Für Kinder und Jugendliche in Kriegsgebieten ist die beschriebene

Szene aber durchaus real. Den Film hat eine Schülerin beim ältesten und renommiertesten Schülerwettbewerb Deutschlands eingereicht, dem Europäischen Wettbewerb. Für ihren kreativen Beitrag erhielt die junge Frau aus NordOstHessen nicht nur einen Landespreis, sondern konnte auch einen der begehrten Bundespreise ergattern. Mit ihrem Film trat sie in der diesjährigen Kategorie **„Wohnen als Selbstverständlichkeit?!“** an. Als Kontrast zeigt die erste Hälfte ihres Filmes, wie ein von Wohlstand und Sicherheit geprägtes Leben für viele junge Menschen in Europa aussieht: ein eigenes Bett, ein gefüllter Kühlschrank und Straßen ohne Krieg.

Die Themen des Europäischen Wettbewerbs sind hochaktuell. Im vergangenen Jahr feierte die Europäische Menschenrechtskonvention ihren 75. Geburtstag. Und so stand die 73. Ausgabe des Wettbewerbs unter dem Motto **„Dein Europa: Recht, Respekt – Realität?!“**. Insgesamt 74.938 Kinder und Jugendliche von der Grundschule bis zur Oberstufe haben fast 20.000 Malereien, Zeichnung, Kurzfilme, musikalische und andere künstlerische Arbeiten eingereicht. Die regionale Preisverleihung in NordOstHessen fand in diesem Jahr im Walter-Lübcke-Saal des Regierungspräsidiums (RP) Kassel statt. Regierungspräsident Mark Weinmeister begrüßte rund 70 Schülerinnen und Schüler von sechs Schulen und überreichte Landespreise und Anerkennungsurkunden in der Region.

Der Schülerwettbewerb entstand 1953 in Frankreich als Projekt der Europäischen Jugendkampagne. Heute ist er in Deutschland fest etabliert, lässt verschiedenste künstlerische Methoden zu und lädt sämtliche Schulklassen und -formen zur Teilnahme ein. Der Wettbewerb zeigt, wie europapolitische Bildung lebendig und praxisnah gelingen kann. In insgesamt 13 Aufgaben setzten sich die Teilnehmenden künstlerisch und kritisch mit Themen wie Menschenrechten, Gleichberechtigung und gesellschaftlichem Zusammenhalt auseinander. Ein Blick auf die Arbeiten zeigt: Ein Gefühl und Verständnis für Europa zu erlangen, damit kann man gar nicht früh genug starten. Durch den Wettbewerb merken die Kinder und Jugendlichen, dass ihre Perspektive zählt. Gleichzeitig schulen sie

ihre Urteilsbildung und Medienkompetenz. Dass als Gewinn auch mal eine Reise nach Brüssel, Berlin oder Straßburg winkt, steigert die Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler zusätzlich.

Bei der Preisverleihung im RP zeigten sich die Schülerinnen und Schüler hochmotiviert. So berichtete eine Gruppe von wochenlangen Treffen für die Gruppenarbeiten – auch außerhalb des Unterrichts. Die kreativen Formate machen es Schülerinnen und Schülern abseits von reiner Textarbeit oder klassischen Prüfungen möglich, sich einzubringen und ungeahnte Talente zu zeigen.

Für das Schuljahr 2026/2027 steht das Thema bereits fest: **„Europa gerecht gestalten: Was kostet die Zukunft?“**. Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland sind eingeladen, Europas wirtschaftliche Zukunft kreativ, kritisch und aus ihrer eigenen Perspektive zu beleuchten. Neben einem ökonomischen Grundwissen stärkt der Wettbewerb die Demokratiebildung. Schülerinnen und Schüler werden mündige Bürgerinnen und Bürger und diskutieren mit über Konsum, Wohlstand und Nachhaltigkeit oder die Arbeitswelt der Zukunft.



Das Regierungspräsidium Kassel und das EUROPE DIRECT NordOstHessen unterstützen den Europäischen Wettbewerb in NordOstHessen. Die regionale Preisverleihung findet mit wechselndem Veranstaltungsort in Kooperation mit der Stadt Kassel und der Europa-Union Kassel e.V. statt.

Der Träger des Europäischen Wettbewerbs ist die Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD). Das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Auswärtige Amt, die Kultusministerkonferenz, der Bundeskanzler und der Bundespräsident unterstützen ihn als Instrument der europapolitischen Schulbildung.

Einen Eindruck der eingereichten Arbeiten erhalten Sie [hier](#).



STRESS LASS NACH!

Das interne Gesundheitsmanagement informiert über Angebote und Maßnahmen für psychische Gesundheit am Arbeitsplatz



Der moderne Arbeitsalltag hält viele Anforderungen bereit: wachsende Aufgaben, fortschreitende Digitalisierung, hoher Zeitdruck, ständige Erreichbarkeit. Immer häufiger kommt es daher vor, dass die zu bewältigenden Arbeitsanforderungen die vorhandenen Ressourcen übersteigen und daraus für viele Beschäftigte Stress entsteht. Passiert dies nur vorübergehend, kann man es zumeist gut verarbeiten und erfährt nach einiger Zeit wieder Entspannung. Summieren sich die Stresssituationen jedoch immer weiter auf, ohne dass ein Ausgleich möglich ist, kann ein dauerhafter Stress-

zustand das Ergebnis sein. Dies kann weitreichende Folgen im seelischen, körperlichen sowie auch im sozialen Bereich mit sich bringen, wie zum Beispiel anhaltende Erschöpfung, leichte Reizbarkeit, Ängste, depressive Verstimmungen oder auch körperliche Beschwerden wie Kopfschmerzen, Verspannungen oder Magen-Darm-Drobleme.

Zu viel Stress als Ursache für gesundheitliche Beschwerden, vor allem im Bereich der psychischen Gesundheit, ist eine mittlerweile allgemein bekannte Problematik.

Daher ist es umso wichtiger, Beschäftigten Methoden und Möglichkeiten zur Stärkung der eigenen Gesundheit an die Hand zu geben und gleichzeitig gesundheitsförderliche Strukturen zu implementieren.

Im Regierungspräsidium Kassel ist die Erhaltung und Förderung psychischer Gesundheit am Arbeitsplatz eine der tragenden Säulen des internen Gesundheitsmanagements.

Wesentlicher Ausgangspunkt ist hierbei die Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen. Mit dieser können durch Befragung der Beschäftigten mittels eines qualifizierten Fragebogens vor allem bereichsspezifische Ressourcen und Belastungen ermittelt werden, z.B. in Feldern der Arbeitsorganisation, Arbeitsumgebung, Führung oder Zusammenarbeit. Die Ergebnisse werden dann strukturiert ausgewertet, hinsichtlich möglicher Handlungsbedarfe bewertet und entsprechende Maßnahmen abgeleitet, so dass gesundheitsförderliche Rahmenbedingungen geschaffen bzw. verbessert werden können.

Neben der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen wurde außerdem speziell für Arbeitsbereiche mit psychisch belastenden Tätigkeiten, darunter etwa der Arbeitsschutz oder das Veterinärwesen, ein psychologisches Einsatzunterstützungskonzept entwickelt, welches in entsprechenden Belastungssituationen angewandt wird.

Begleitend werden fortlaufend auch Weiterbildungsangebote zu psychischer Gesundheit am Arbeitsplatz, darunter auch Stressprävention und -management, angeboten – sowohl durch das interne Gesundheitsmanagement, als auch durch Partner wie den betriebsmedizinischen Dienst oder ein über das Hessische Innenministerium zugängliche Beratungs- und Unterstützungsprogramm einer externen Personalberatung. Die Angebote reichen hierbei von Vorträgen und Workshops über Seminare und Trainings bis hin zu individueller Unterstützung, etwa durch die Anleitung kollegialer Beratung in Kleingruppen, aber auch persönliche Beratung im Einzelfall – online oder in Präsenz.

Ziel ist es, Beschäftigte bei der Bewältigung von Alltagsbelastungen im Arbeits-, aber auch Privatleben zu unterstützen und Stress zu reduzieren, im besten Fall sogar vorzubeugen. Im Sinne eines ganzheitlichen Gesundheitsmanagements steht dabei die langfristige Verbesserung von Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und vor allem auch Arbeitszufriedenheit an erster Stelle. Da-

für sind wir fortlaufend bestrebt, weitere Maßnahmen und Angebote zu schaffen sowie Bestehendes weiterzuentwickeln. Eine aktuelle Erweiterung ist dabei das Angebot eines neuen Inhouse-Seminars zur Stressprävention, welches auf die Förderung individueller Stressbewältigungskompetenzen abzielt.

EMPFOHLENE SOFORT-TIPPS FÜR STRESS- ABBAU ZUM AUSPROBIEREN

1. Lächeln – das schüttet Endorphine aus, auch wenn man es bewusst herbeiführt.
2. Tief ein- und ausatmen – beruhigt das Nervensystem.
3. Raus in die Natur – bereits kurze Zeit im Grünen wirkt sich positiv aus.
4. Kleine Auszeit – bewusst einige Minuten nur die Tasse Kaffee, Tee oder ein anderes Getränk der Wahl genießen.
5. Energiekick – Sport und Bewegung bauen Stress ab und machen den Kopf frei.





WAR DAS MAL EINE TRAGENDE SÄULE DER VERWALTUNG?

Säulenfragment auf der Terrasse des RP-Hauptgebäudes wirft Fragen auf

Die meisten Mitarbeitenden des Regierungspräsidiums am Hauptsitz in Kassel dürften sie vom täglichen Kantinengang kennen – ihre Herkunft und Bedeutung lag bisher allerdings im Nebel der Geschichte verborgen: Auf der Kantine-Terrasse des Regierungspräsidiums Kassel steht, zwischen Tischen, Sonnenschirmen und Sträuchern, ein circa 70 cm hohes historisches Säulenfragment.

Hinweise darauf, woher das Säulenfragment stammt und weshalb es ausgerechnet hinter dem

Kantinenanbau seinen dauerhaften Ruheplatz erhalten hat, gab es bisher nicht. Lediglich ein Foto aus den 1960er Jahren weist darauf hin, dass die Säule unsere Arbeit schon länger begleitet.

Der heutige Hauptsitz unseres Hauses ist ein Ort mit langer Geschichte. Bereits die Landgrafenburg Heinrichs I. von Hessen ab 1277, der Ludwigsbau Landgrafs Ludwigs II. ab 1462, das alte Stadtschloss/Landgrafenschloss ab 1556, die Chattenburg ab 1816 und das alte Regierungsgebäude (Justizpalast)

ab 1875 standen auf unserem Gelände. Letzteres wurde bei Luftangriffen am 22.10.1943 zerstört.

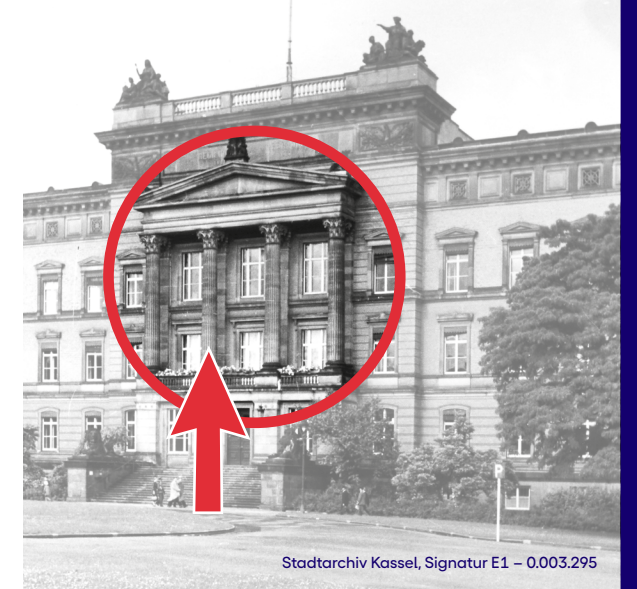
Um etwas Licht ins Dunkle zu bringen, wurden im vergangenen Jahr Recherchen unternommen, die die Herkunft des Säulenfragments aufklären sollten. Zur Lösung wurden das Landesarchiv in Marburg und das Stadtarchiv in Kassel kontaktiert sowie Historiker und Museen um Hilfe gebeten. Ein wichtiger Fund zur Klärung und die Zusammensetzung der Puzzleteile gelang dann der Anwärtlerin Louisa Schäfer im späten Sommer dieses Jahres.

Im Stadtarchiv Kassel fand sie zahlreiche Fotos der alten Gebäude, die auf unserem Gelände standen. Ein genauer Abgleich mit der Höhe, der Beschaffenheit und Struktur des Säulenfragments ergaben, dass dieses höchstwahrscheinlich ein Trümmerstück des alten Regierungsgebäudes darstellt. Die Wahrscheinlichkeit, dass das Fragment ein Teil eines anderen Gebäudes war, wurde bei der Recherche aus vielen Gründen immer geringer. Auch das Auetor, welches neben dem alten Regierungsgebäude stand und ebenfalls Säulen besaß, konnte ausgeschlossen werden.

Entscheidend waren schlussendlich Aufnahmen des zerstörten Regierungsgebäudes nach 1943. An den Bildern – die leider aus urheberrechtlichen Gründen hier nicht vollständig dargestellt werden können – ist erkennbar, dass aus den Säulen am Eingang des Gebäudes zur Südseite Fragmente herausgebrochen sind, die in Form und Größe exakt zu besagtem Säulenfragment passen. Die Ergebnisse stimmen zudem mit Hinweisen aus den städtischen Museen Kassels überein.

Insofern konnte die Herkunft des Säulenfragments mit hoher Wahrscheinlichkeit zugeordnet werden. Warum es allerdings im Außenbereich der Kantine liegen blieb, ist weiter unklar. Es könnte bei den Aufräumarbeiten vergessen und von Pflanzen überwuchert gewesen sein. Oder es wurde bewusst zur Erinnerung zurückgelassen.

So viel ist sicher: Der nächste Kantenbesuch kann nun beim Anblick des Säulenfragments mit Tagträumen an das alte Regierungsgebäude und längst vergangene Verwaltungsabläufe verbracht werden. Das Säulenfragment im Außenbereich der Kantine stellt als vielleicht letztes Trümmerstück des alten Regierungsgebäudes einen Teil unserer Geschichte als Regierungspräsidium, aber auch von Kassel und Nordhessen insgesamt dar. Wir freuen uns, dass das Rätsel endlich gelöst werden konnte.



Stadtarchiv Kassel, Signatur E1 – 0.003.295

Die Säulen zur Südseite entsprechen im Umfang und in der Beschaffenheit dem Säulenfragment, welches heute im Außenbereich der Kantine steht.



Das Säulenfragment lag bereits bei den Außenarbeiten des Neubaus in den 1950ern vor dem Gebäude.



Auch in den 1960er Jahren gehörte das Säulenfragment zum täglichen Kantinengang dazu.



SIEBEN FRAGEN AN

Patrick Fresow

Geboren am	11. Oktober 1986
Wohnhaft in	Kassel
Beim RP seit	Juli 2020
Tätigkeit	Dezernatsleitung Dez. 34 – Bergaufsicht
Leidenschaft	Musik, Bücher, Brettspiele
Ich in drei Worten	neugierig, sprachver- liebt, familienorientiert
Glückszahl	Habe ich, offen gestanden, gar nicht.



7 FRAGEN

Entweder – oder

~~Frühaufsteher~~ oder
Nachteule

Wandern
~~oder Radfahren~~

Team To-do-Liste
~~oder Team spontan~~

~~Schokolade~~ oder
Eis

Fensterplatz
~~oder Gangplatz~~

Laptop
~~oder Papier~~

~~Nordsee~~ oder
Mittelmeer

1. Was schätzen Sie am Regierungs- präsidium Kassel besonders?

Die vielen unterschiedlichen Aufgaben – und dass wir hier seriös, neu-
tral und sachorientiert arbeiten können.

2. Gibt es einen Ort in NOH, den Sie immer wieder gerne aufsuchen?

Der Bismarckturm im Habichtswald ist idyllisch im Wald gelegen,
kann Teil verschiedener Wanderrouten sein und bietet eine tolle Aus-
sicht (wenn er nicht gerade, wie aktuell, umgebaut wird). An sich ist
er unspektakulär, aber das Understatement gefällt mir.

3. Welche kleine Alltagstradition ist Ihnen wichtig?

Jeden Abend vor dem Schlafen wird noch etwas im Bett gelesen – das
können je nach Müdigkeit (und Buch) eine oder ganz viele Seiten sein, ist
aber immer entspannend.

4. Welches Lied hebt sofort Ihre Stimmung? Und wieso?

„Lose Yourself to Dance“ von Daft Punk und Pharrell – funky, mit ruhi-
ger Kraft treibend und dabei Teil eines klasse Albums.

5. Was war der beste Rat, den Sie in Ihrem Berufsleben erhalten haben?

„Wenn nachgefragt wird, ist es zu spät.“ – ein kleiner Satz, der dazu
anhält, verlässlich zu sein, Verantwortung und Initiative zu überneh-
men und vor allem gut zu kommunizieren.

6. Wenn Sie eine Zeitreise machen könnten – wohin würden Sie gehen?

Zehn Jahre in die Zukunft – das ist noch nah genug, dass man versteht,
was sich geändert hat, worauf man sich einstellen sollte, was man
besser machen kann. Und vielleicht könnte ich neben guten Ideen
auch ein Buch mit Sportergebnissen mit zurücknehmen...

7. Wenn Sie spontan einen freien Tag geschenkt bekämen – wie würden Sie ihn verbringen?

Keine Termine und... ein kühles Getränk. Einfach die Seele baumeln
lassen.

Unsere Empfehlung

80 JAHRE HESSEN – FEIERN SIE MIT!

Im Jahr 2026 feiert Hessen seinen 80. Geburtstag.

Seit seiner Gründung im Jahr 1946 hat sich das Land von den Herausforderungen der Nachkriegszeit zu einem starken, vielfältigen und zukunftsorientierten Bundesland entwickelt. Mit der ersten demokratischen Landesverfassung Deutschlands setzte Hessen früh ein Zeichen für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In den vergangenen acht Jahrzehnten ist Hessen zu einem wirtschaftlichen Motor, einem Zentrum von Wissenschaft, Kultur und Innovation sowie zu einer Heimat für Menschen aus aller Welt geworden. Städte und ländliche Räume, Tradition und Fortschritt, Weltoffenheit und Verwurzelung prägen bis heute die Identität unseres Landes.

Das Jubiläum „80 Jahre Hessen“ ist Anlass, auf diese gemeinsame Geschichte zurückzublicken, die Gegenwart bewusst zu gestalten und mit Zuversicht in die Zukunft zu schauen. Es steht für Dank, Verantwortung und die Überzeugung, dass Hessen auch in den kommenden Jahrzehnten ein Land der Chancen, der Demokratie und des Miteinanders bleibt.

Ob Kultur, Geschichte oder Begegnung: Entdecken Sie alle Veranstaltungen zum 80-jährigen Bestehen Hessens. Feiern Sie mit und erleben Sie die Vielfalt des Landes hautnah:

Alle Infos: <https://hessen.de/erleben/80-jahre-hessen>



AKTIONS- UND THEMEN-TAGE:

15.09.	Internationaler Tag der Demokratie
23.09.	Hessischer Tag der Nachhaltigkeit
03.10.	Tag der Deutschen Einheit
13.10.	Tag des Katastrophenschutzes
25.11.	Orange Day – Int. Aktionstag gegen Gewalt an Frauen
09.12.	Welt-Antikorruptionstag

12.09.	Aktionstag Mobilität am Kulturbahnhof Kassel
16. - 22.09.	Europäische Mobilitätswoche
28.09.	Zentralausschuss Regionalversammlung
29.09.	Austausch der RPen Arnshausen, Detmold und Kassel
30.09.	Online-Infoveranstaltung Heimatschutz und EU
30.09. / 20.10.	Duo Day Hersfeld-Rotenburg – Jobschnuppern für Menschen mit Behinderung
19.10.	Infotag „Stromspeicher in Hessen“
20.10.	Infoveranstaltung Cyber- und Informationssicherheit
09.11.	Infoveranstaltung in Bad Hersfeld: Zivilgesellschaftliches Engagement für die Region und für Europa
12.11.	Infoveranstaltung „Digitaler Euro“
20.11.	Bundesweiter Vorlesefest
25.11.	SmartNOH – KI-Offensive in der Verwaltung
03.12.	OB- und Landräte-Dienstbesprechung
08.12.	Adventsandacht und Ehemaligentreffen

TERMINE

WER WAR EDUARD?

Das Regierungspräsidium Kassel hat eine mehr als 150-jährige Geschichte. Damit ist es eine der ältesten noch bestehenden Behörden im Land Hessen.

Als erster Regierungspräsident wurde im Jahr 1867 Eduard v. Moeller durch die neuen preußischen Landesherren eingesetzt. Er erwarb sich in kurzer Zeit große Anerkennung in der Bevölkerung. Bereits damals prägten der Ausgleich von Bestehendem und Neuem, von Tradition und Innovation, sowie das komplexe Wechselspiel von Politik, Verwaltung und Gesellschaft sein Handeln. Ein Spannungsfeld, das auch heute noch die Arbeit des Regierungspräsidiums prägt und von dem unser Online-magazin berichten soll. Deshalb trägt es seit 2024 den Namen **EDUARD**.



IMPRESSUM

Anbieter i.S.d. § 18 Abs. 1 MStV:

Regierungspräsidium Kassel

Am Alten Stadtschloss 1 | 34117 Kassel

Tel. (0561) 106-0 | rp-kassel.hessen.de

Verantwortlich i.S.d. § 18 Abs. 2 MStV:

Thomas Schwabauer, Präsidialbüro

Redaktion, Konzept:

Carolin Hohmeister, Öffentlichkeitsarbeit

Hendrik Kalvelage, Pressesprecher

Alexander Lütt, Pressereferent

Layout:

Janet Ochs, Öffentlichkeitsarbeit

Das Online-Magazin EDUARD erscheint zweimal jährlich. Gerne nehmen wir Sie in den E-Mail-Verteiler auf: **HIER GEHT ES ZUM GRATIS-ABO.**

BILD-NACHWEIS

S. 1 RP Kassel / Christian Schauderna; S. 2 RP Kassel, Ayesha / Adobe Stock, Europe Direct / Evangelisches Fröbelseminar Kassel; S. 4 RP Kassel / Christian Schauderna; S. 6–7 Superingo, Choo NSK (KI), Djumiati (KI) / Adobe Stock; S. 8–11 RP Kassel; S. 12–13 Ayesha, Rauno / Adobe Stock; S. 14–15 RP Kassel; S. 16–17 Garun Studios / Adobe Stock; S. 18–20 RP Kassel; S. 23 Vorda Berge (KI) / Adobe Stock; S. 24–25 RP Kassel, Prostockstudio, santypa / Adobe Stock; S. 27 Rp Kassel, Vadym / Adobe Stock; S. 28 RP Kassel; S. 29 SewcreamStudio / Adobe Stock, RP Kassel; S. 31 RP Kassel, Natee Meepian / Adobe Stock; S. 32–33 RP Kassel; S. 34–35 Nozir / Adobe Stock; S. 36–37 Evangelisches Fröbelseminar Kassel; S. 38–39 Jadon B/peopleimages.com, Valerie M/peopleimages.com / Adobe Stock; S. 40 RP Kassel; S. 41 RP Kassel, Landesarchiv Marburg, Stadtarchiv in Kassel; S. 42 RP Kassel; S. 44 Hessische Staatskanzlei; S. 46 RP Kassel Luz / Adobe Stock

GRATIS-ABO



HESSEN
RP KASSEL

DANKE

an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Kassel, die am Entstehen dieser Ausgabe mitgewirkt haben!